

P.b.b. Erscheinungsort Graz  
Verlagspostamt 8020 Graz  
GZ11Z038873  
Retouren an Postfach 555 • 1008 Wien



Nr. 4/März 2014 | www.akstmk.at

# ZAK

ZEITUNG DER KAMMER FÜR ARBEITER  
UND ANGESTELLTE FÜR STEIERMARK



# Wahlzeit

Alle Infos über Stimmabgabe in Betrieben und per  
Brief, sechs Listen und Kreuzerl Aktion  
Seiten 13 bis 19 und im ACard Journal

## Steuerspartage

In allen Außenstellen: Holen Sie  
sich Geld vom Finanzamt zurück!

Seite 8

## Gut angelegt

Drei Sparformen mit  
größtmöglicher Sicherheit

Seiten 10 und 11

## AK-Kinderatlas

Alle steirischen Betreuungs-  
angebote im Überblick

Seite 24

## ZAK inhalt

Alarmierende Belastung  
in Pflegeberufen 4Frühstück für (werdende)  
Eltern 5Studieren ohne Arbeit  
scheint kaum möglich 7AK lädt zu Steuersparta-  
gen vom 7. bis 21. März 8Gute Noten fürs  
steirische Brot 9Sparformen mit größtmög-  
licher Sicherheit 10/11

AK-Wahl spezial 13 bis 19

Emmerich Tálos über künftige  
Herausforderungen 17

Hypo-Desaster 20

Ernährungstipps 21

VKI-Test: Risiko-  
Ablebensversicherung 22Neue Tarife für  
Zugreisende 23Atlas für steirische Kinder-  
betreuungsangebote 24ExpertInnentipps  
und Leserforum 26

Satire/Willi Tell 27

Zeitensprung: 80 Jahre  
Februarkämpfe 28/29

Blitzlichter 30/31

Atypische Beschäftigung  
& Haderers Cartoon 32Fiese Tricks  
der Chefs

Bei der AK-Rechtsberatung häufen sich Fälle von nachträglich manipulierten Dokumenten. Beschäftigte sollen mit ihrer Unterschrift sorgsam umgehen, warnt die Arbeiterkammer vor Beweisproblemen bei Gericht.

Bei uns häufen sich Fälle von unterschriebenen und nachträglich manipulierten Dokumenten“, berichtet Dr. Wolfgang Nagelschmied, Leiter der Abteilung Arbeitsrecht. Interveniert die AK wegen ausstehender Zahlungen, tauchen plötzlich Dokumente und Urkunden auf, die in dieser Form von den Beschäftigten nicht unterschrieben worden sind. „Es gibt unterzeichnete Bestätigungen von Barauszahlungen, wo dem Betrag eine weitere Ziffer angefügt worden sein soll.“ Aus einer Akontozahlung in der Höhe von 200 Euro seien so 2.000 Euro geworden.

In einem anderen Fall standen auf den vom Beschäftigten unterzeichneten und abgegebenen Arbeitsaufzeichnungen plötzlich längere Pausenzeiten. Auf einer vom Arbeitnehmer unterschriebenen Endabrechnung fand sich die Notiz, dass bis zu einem bestimmten Zeitpunkt alle Überstunden abgegolten waren. „Unser Mitglied streitet ab, dass er diesen Passus unterzeichnet hat.“ Bei einem anderen Fall soll auf einer Liste über ausstehende Arbeitskleidung und Werkzeuge eingefügt worden sein, dass das Arbeitsverhältnis durch vorzeitigen Austritt geendet hat.

„Bei Unterschriften sollte man grundsätzlich vorsichtig sein“, warnt Dr. Nagelschmied. Denn im Normalfall zähle eine Unterschrift als gerichtlicher Beweis. Nachträgliche Manipulationen, zum Beispiel durch Einfügen einer zusätzlichen Null, lassen sich auch durch eine etwaige kriminaltechnische Untersuchung meist nicht nachweisen. „Bitte immer eine Kopie verlangen und bei Auszahlungen den Betrag auch in Worten schreiben“, rät der Jurist. Noch besser, weil bei Streitigkeiten gut nachvollziehbar, sei natürlich eine Überweisung auf das Konto des Beschäftigten.

AK-Erfolg für Bedienstete des  
Sozialhilfeverbandes Bruck

Für Bedienstete des Sozialhilfeverbandes hat das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz zu gelten, stellte kürzlich das Oberlandesgericht Graz fest. Ein Urteil mit Folgewirkung.

Dem eineinhalb Jahre dauernden Rechtsstreit waren erfolglose Gespräche zwischen ZBRV Brigitte Raska-Lang und dem Geschäftsführer des Sozialhilfeverbandes Bruck vorausgegangen, wonach sämtliche DienstnehmerInnen wie Gemeindebedienstete einzustufen wären. Für Mag. Jörg Obergruber, Rechtsexperte der AK Leoben, herrschte Willkür bei Einstufungen und Vordienstzeiten der Mitarbeiter. Durch eine Feststellungsklage beim Landesgericht Leoben sollte Klarheit für die rund 300 Beschäftigten geschaffen werden.

Das Erstgericht kam zum Ergebnis, dass Sozialhilfeverbände schon nach dem Wortlaut des Gesetzes Gemeindeverbände darstellen und auch von Personen verwaltet werden, die von Organen der Gemeinde bestellt sind. Da sich die Verbandsversammlung aus den 21 Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden zusammensetzt, sei die Verbandsversammlung eindeutig als Organ der Gemeinde anzusehen. Nach einer Berufung des Sozialhilfeverbandes Bruck an

der Mur bestätigte kürzlich das Oberlandesgericht Graz das Urteil des Erstgerichtes. Hinsichtlich der Entlohnung lehnte sich der Dienstgeber bereits bisher an das KAGES-Schema an, das nach AK-Rechtsauffassung zwingend nach § 21 GVBG anzuwenden ist. Das Urteil hat weitreichende Konsequenzen, da somit die Rechtsfrage für sämtliche Sozialhilfeverbände geklärt ist und die Rechtsgrundlage nunmehr das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz darstellt.

Lohnsteuersenkung  
ist längst überfällig

„Eine spürbare Senkung der Lohnsteuer ist überfällig“, so AK-Präsident Josef Pessler bei der AK-Vollversammlung. Er fordert die rasche Umsetzung einer Lohnsteuerreform.

Seit der letzten Steuerreform 2009 seien die Lohnsteuereinnahmen des Bundes allein durch die kalte Progression von 20 auf 24 Milliarden Euro – also um 20 Prozent – gestiegen, „ohne dass der Finanzminister auch nur einen Finger gerührt hat“, so Pessler. Eine Lohnsteuerreform sei unumgänglich: „Vordringlich ist eine Senkung des absurd hohen Eingangsteuersatzes von 36 auf 25 Prozent. Und das umgehend.“ Mit einer Lohnsteuersenkung würde die Kaufkraft gestärkt, wovon auch die Wirtschaft profitieren würde.

Kein Verständnis bringt Pessler für die Argumentation der Regierung auf, derzeit sei kein Spielraum für eine Lohnsteuersenkung vorhanden: „Wenn man endlich den

Mut aufbringt, auch den Vermögenden einen gerechten Beitrag abzuverlangen, ist sehr wohl Spielraum vorhanden.“

## Moderate Vermögenssteuer

Mit einer moderaten Vermögenssteuer ließen sich bis zu fünf Milliarden Euro an Einnahmen erzielen. Und zwar ohne den Mittelstand zu belasten, verwies Pessler auf die Schiefelage der aktuellen Vermögensverteilung in Österreich.

Die Hälfte des Privatvermögens von über 1.200 Milliarden Euro sei in den Händen der 5 Prozent reichsten Haushalte: „Der viel zitierte Mittelstand wird also nicht durch Vermögenssteuern ausgebeutet, sondern durch zu hohe Lohnsteuern“, so der AK-Präsident.

## Gernot Acko neuer AK-Vize

Mit 86 von 98 gültig abgegebenen Stimmen (87,75 %) wurde Gernot Acko (44) auf Vorschlag der FSG als Vizepräsident der Arbeiterkammer gewählt. Er folgt in dieser Funktion Fritz Ploner nach, der nach 18-jähriger Tätigkeit als AK-Vizepräsident mit Jahresende in den Ruhestand getreten ist.

Der gelernte Maschinen Schlosser ist Lokführer und Betriebsrat bei den ÖBB. Acko ist seit 2009 als Ersatzkammerrat und seit 2013 als Kammerrat in der steirischen AK tätig. Seit Herbst 2013 ist er auch Vorsitzender der Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft Vida. Zudem vertritt er die Lokführer im Europäischen Gewerkschaftsbund.



Josef Pessler  
AK-Präsident

## KLIPP &amp; KLAR

„Ihre Stimme gibt der Gerechtigkeit mehr Gewicht“: Unter diesem Motto findet in unserem Bundesland von 27. März bis 9. April die AK-Wahl statt. Dieses Motto trifft genau den Punkt. Denn der wichtigste Auftrag für die Arbeiterkammer ist es, für Gerechtigkeit einzu-

MEHR  
GEWICHT

treten. Nur in einer Gesellschaft, in der es einigermaßen gerecht zugeht, sind sozialer Friede und Demokratie auf Dauer gesichert.

Insbesondere, was die Verteilungsgerechtigkeit betrifft, gibt es noch viel zu tun. Die Arbeiterkammer wird sich auch in Zukunft mit aller Kraft für die Interessen der ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer einsetzen. Die demokratische Legitimation bezieht die AK aus den im Fünfjahres-Abstand stattfindenden Wahlen.

Ich lade Sie daher schon jetzt ein, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Damit auch Ihre Stimme der Gerechtigkeit mehr Gewicht verleiht.



Zwei Neue in der Zuglok der Arbeiterkammer: Der ÖBB Lokführer Gernot Acko wurde an der Seite von Josef Pessler zum neuen Vizepräsidenten gewählt. (Fotostudio 44/AK)

## Neu: AK-Beihilfe für Pflegeberufe

Mit einer neuen Förderung für Ausbildungen im Sozial- und Gesundheitsbereich möchte die Arbeiterkammer ein Zeichen der Wertschätzung für diese Berufsgruppen setzen, sagt AK-Präsident Josef Pessler. Zugleich sei es ein Beitrag gegen finanzielle Hürden für gute Ausbildungen. Gefördert werden Vollzeit- und berufsbegleitende Ausbildungen, pro Ausbildungsjahr gibt es bei Unterschreiten bestimmter Einkommensgrenzen 200 Euro. Letzter Einreichtermin ist der 31. Mai. Alle Infos und das Download-Formular sind auf [www.akstmk.at](http://www.akstmk.at) zu finden.

Knapp 40 Prozent der Beschäftigten in Gesundheitsberufen sind burnoutgefährdet. AK-Präsident Josef Pessler fordert ein seriöses Finanzierungskonzept für die Pflege. (Fotolia - Nobilior)



# Arbeit in Pflegeberufen gefährdet die Gesundheit

**Personalmangel, Sparmaßnahmen,** hoher Druck von oben, Zeitdruck, mehr Bürokratie, Schwäche der Führung: Die Arbeitsbedingungen in den Gesundheits- und Sozialberufen haben sich für fast 55 % der Beschäftigten „sehr“ oder „eher“ verschlechtert.

Wenig rosig sind auch die Zukunftsaussichten, heißt es in der Studie im Auftrag der Arbeiterkammer: Mit knapp 52 % geht mehr als die Hälfte davon aus, dass sich die Arbeitsbedingungen in Zukunft weiter verschlechtern werden. Wichtiger Bestandteil dieser von der „Sozialökonomischen Forschungsstelle“ (SFS) durchgeführten Studie, an der sich rund 5.500 von 27.000 Beschäftigten in den Gesundheits- und Sozialberufen in der Steiermark beteiligt haben, ist die Auswertung der Fragebögen. „Schon allein die ungewöhnlich hohe Rücklaufquote von mehr als 20 % unterstreicht die Brisanz dieses Themas“, stellt Studienautor, Prof. Dr. Tom Schmid, fest.

- Die Gründe für die Berufswahl zeigt die hohe Motivation der Beschäftigten in diesem Sektor: 93 % gaben „Interesse“, 86 % „Freude am

Helfen“ als Grund für die Berufswahl an.

- Wenig motivierend ist die Bezahlung. Knapp drei Viertel sind damit unzufrieden.
- Bei den genannten Belastungen stehen „Einsatz von zu wenig Personal“, „Bürokratie“, „unter großem Zeitdruck“, „Arbeitshaltung“, aber auch „fordernde PatientInnen“ an der Spitze.
- Besonders alarmierend ist, dass 39 % eine beginnende oder fortgeschrittene Burnout-Symptomatik zeigen, 5,4 % sogar im klinischen Bereich.
- Immerhin mehr als 57 % gaben an, dass es in ihrem Betrieb gesundheitsfördernde Maßnahmen gebe, allerdings nahmen nur 14 % auch an

betrieblichen Gesundheitsförderungsprogrammen teil.

### Am Limit

Für den Präsidenten der steirischen AK, Josef Pessler, bestätigen die Studienergebnisse die Eindrücke, die er bei Betriebsbesuchen in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen gesammelt hat: „Einerseits zeichnet sich gerade dieser Berufsstand durch hohe Motivation aus, die

Beschäftigten werden aber durch den in manchen Bereichen eklatanten Personalmangel zermürbt“. Diese Tatsache sei umso dramatischer, als diesem Berufsstand vor dem Hintergrund der Leistungen der Medizin und der steigenden Lebenserwartung immer

höhere Bedeutung zukommt, so Pessler: „In Wirklichkeit müssten also gerade die Beschäftigten in den Gesundheits- und Sozialberufen geholt und gepflegt und nicht durch ständige Überlastung und unterdurchschnittliche Bezahlung demotiviert werden.“

### Finanzierungskonzept nötig

Konkret fordert der AK-Präsident: Stopp dem „Sparwahn“ im Gesundheits- und Sozialwesen. „Nichts gegen Effizienzsteigerungen und das Heben von Synergien. Aber die Beschäftigten sind bereits jetzt am Limit.“ Endlich ein seriöses Finanzierungskonzept für den immer wichtiger werdenden Pflegebereich, entweder durch einen ausreichend dotierten Pflegefonds oder die Einführung einer Pflegeversicherung: „Der Pflegeregress ist das Gegenteil einer solidarischen Finanzierung und gehört daher abgeschafft.“ Der Pflegeschlüssel müsse generell erhöht werden.

## Schwanger in der Probezeit

Im Leben gibt es Phasen der Ruhe und andere, in denen alles zugleich losgeht. Da findet man einen neuen Job und entdeckt kurz darauf, dass sich auch Nachwuchs ankündigt. Um nur ja alles richtig zu machen, melden Arbeitnehmerinnen ihre Schwangerschaft oft gleich, nachdem sie einen positiven Test gemacht haben. Im Probemonat ist das allerdings sehr unklug, weiß AK-Juristin Mag. Birgit Klöckl.

Zwar steht im Gesetz, dass eine Schwangerschaft dem Arbeitgeber unverzüglich zu melden ist, aber es gibt keinerlei Sanktionen, wenn eine Frau damit ein bisschen zuwartet. In vielen Fällen ist das sogar empfehlenswert. „Im Probemonat rate ich dringend davon ab, den Arbeitgeber voreilig zu informieren“, betont Klöckl. „In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen das Arbeitsverhältnis nach Meldung einer Schwangerschaft im Probemonat sofort aufgelöst wurde.“

### Beendigung als Folge

Zwar könnten Betroffene über das Gleichbehandlungsgesetz einen Schadenersatz einklagen, aber das bringt ihnen den Job nicht wieder. Zudem müssten sie nachweisen, dass die Beendigung des Dienstverhältnisses aufgrund der Schwangerschaft erfolgt ist. Meist ohne konkreten Beweis ein schwieriges Unterfangen. Und auch wenn eine werdende Mutter nicht gerne daran denkt: Nicht selten endet eine Frühschwangerschaft plötzlich – und dann sind Job und Kind verloren. Daher sollte jede Betroffene sorgsam abwägen, wann sie die Schwangerschaft bekannt gibt. Nur wenn es die Situation am Arbeitsplatz erfordert – aufgrund schweren Hebens oder des Einsatzes von Chemikalien – sollte die Meldung wirklich unverzüglich erfolgen.



## Frühstück für (werdende) Eltern

**Gut besuchter Auftakt** der Infotour für Eltern: Im Grazer Kammersaal informierten AK und AMS, wie Familien die Babypause am besten managen.

Der Wiedereinstieg nach einer Babypause ist mit vielen Fragen verbunden. Beim „Frühstück Wiedereinstieg“ können diese an einem Ort beantwortet werden“, sagte AK-Präsident Josef Pessler bei der Eröffnung. Familienlandesrat Mag. Michael Schickhofer lobte die tolle Zusammenarbeit einzelner Institutionen zur Unterstützung der Familien, „damit sich die Eltern mit Herzblut ihren Kindern wid-

men können“. Mag. Christina Lind, stellvertretende AMS-Landesgeschäftsführerin, bezeichnete das bewährte Frühstück, das AK und AMS in Kooperation mit der Kinderdrehscheibe seit sechs Jahren anbieten, als vorbildlich für ganz Österreich. Sie betonte auch den VIP-Status der WiedereinsteigerInnen beim AMS: Ihnen stehen Fördermöglichkeiten zur Verfügung, die bis zur Finanzierung kompletter Ausbildungen reichen können.

Im Laufe des Jahres wird von Murau bis Hartberg durch die gesamte Steiermark getourt. Bei Kipferl und Kaffee erfahren werdende Eltern, wie sie

ihre Berufsunterbrechung am besten managen, nach welchen Kriterien sie sich für eine Variante des Kinderbetreuungsgeldes entscheiden sollten und wie sie die Karenzzeit am besten untereinander aufteilen. All jenen, deren Nachwuchs schon auf der Welt ist, bieten die Expertinnen von AK und AMS Informationen über den optimalen Zeitpunkt für den beruflichen Wiedereinstieg, über verschiedene Varianten von Elternteilzeit sowie über die Jobsuche mit Kind. Ebenfalls vor Ort ist eine Vertreterin der Kinderdrehscheibe, die bei der Planung der Kinderbetreuung hilft. Um Voranmeldung wird gebeten: Per Mail an [frauenreferat@akstmk.at](mailto:frauenreferat@akstmk.at) oder telefonisch unter 05 7799/2590.

### Weitere Termine

**Weiz:** Mittwoch, 12. März, **Deutschlandsberg:** Mittwoch, 26. März, **Hartberg:** Donnerstag, 24. April, **Murtal (in Zeltweg):** Mittwoch, 21. Mai, **Liezen:** Mittwoch, 25. Juni.



Sabine und Manfred Enderle gewannen einen Gutschein für einen Urlaub in Jugend- und Familiengästehäusern: Volker Höferl (JuFa), AK-Präsident Pessler und Direktor Bartosch gratulierten. (Fotostudio 44)

Einen Video-Expertentipp sehen Sie per QR-Code rechts





Viele Jugendliche stehen nach der Schule buchstäblich an der Wand: Helfen ist der bessere Weg als Geldstrafen. (fotolia - Roman Ruzicka)

## Coaching statt Strafe

**Strafen für Jugendliche vorzuschreiben**, die ihre Ausbildung abbrechen, ist der vollkommen falsche Weg, meint AK-Präsident Josef Pessler.

Falsche Bildungsentscheidungen müssen durch optimale Bildungs- und Berufsorientierung verhindert werden. Darüber hinaus wären mehr Plätze für niederschwellige Ausbildungen wie Produktionsschulen dringend notwendig. „Jugendliche sind in der Pubertät sehr schwierig und haben oftmals persönliche Probleme. Da benötigen sie größtmögliche Unterstützung“, erklärt Pessler, der einen Ausbau des Jugendcoachings fordert.

Eine Studie über sogenannte NEET-Jugendliche (not in education, employment or training) hat ergeben, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund, junge Mütter und Lehrlinge vom Land zu den gefährdetsten Gruppen gehören. Für diese Gruppen wären spezifische Maßnahmen wie Kinderbetreuung, u.Ä. erforderlich. Im ländli-

chen Raum ist dafür Sorge zu tragen, dass Jugendliche mit öffentlichen Verkehrsmitteln die Möglichkeit haben, Ausbildungseinrichtungen zu erreichen, da sie selbst noch nicht mobil sind. Vielfach stehen im ländlichen Raum auch nicht genug Schulplätze in berufsbildenden mittleren und höheren Schulen zur Verfügung. Dafür wäre dringend eine Bedarfserhebung notwendig.

### Spätentschlossene fördern

Eine Strafandrohung von 400 Euro für Eltern von Schul- und Lehrabbrechern bringt wenig, betont der AK-Präsident. Es gibt Jugendliche, die erst später, wenn sie über eigene Interessen und Fähigkeiten besser Bescheid wissen, eine Ausbildung beginnen. Dafür sind die entsprechenden Förderungen für Spätentschlossene bereitzustellen.

## AK-Beihilfen für Schule und Studium

Bis 31. März 2014 kann noch die Schul- und Studienbeihilfe der AK Steiermark beantragt werden. Anspruch auf die Schulbeihilfe von 200 Euro pro Schuljahr haben AK-Mitglieder, die die staatliche Schulbeihilfe erhalten bzw. diese Voraussetzung erfüllen würden, aber deren Kind das 9. Schuljahr besucht. Die Studienbeihilfe in Höhe von 240 Euro pro Jahr können AK-Mitglieder oder deren Kinder, die selbst die staatliche Studienbeihilfe erhalten, beantragen.

### Berufsreifeprüfung

Die Beihilfe zur Berufsreifeprüfung in Höhe von 220 Euro kann binnen sechs Monaten nach Ausstellung des Gesamt-

prüfungszeugnisses beantragt werden. Anträge und Richtlinien gibt es auf [www.akstmk.at](http://www.akstmk.at), in allen Außenstellen und der AK in Graz.

### Wissenschaftliche Arbeiten

Für Diplomarbeiten, Masterarbeiten und Dissertationen, die an einer steirischen Fachhochschule oder Universität approbiert wurden und einen engen thematischen Bezug zum Aufgabenbereich der Arbeiterkammer haben, kann bis 31. Juli 2014 eine Förderung beantragt werden. Ab heuer werden auch Bachelorarbeiten, die diese Voraussetzungen erfüllen, gefördert. Die Höhe der Förderungen beträgt 200 bis 650 Euro. Nähere Infos auf [www.akstmk.at](http://www.akstmk.at)



## PISA-Daumen hoch in Mathe

Aus erster PISA-Quelle erfahren Bildungsinteressierte, dass die SchülerInnen bei Mathematik über dem OECD-Schnitt rangieren, aber im Lesen unterdurchschnittlich abschneiden. Österreichs Kinder fühlen sich zu 80 Prozent „in der Schule

glücklich“, haben aber wenig Freude an Mathe. Neben AK-Dir. Bartosch und AK-Präsident Pessler erörterten Elisabeth Meixner (Landesschulrat), Landesrat Michael Schickhofer und Elternvertreter Andreas Waltenstorfer die Ergebnisse.



Hackeln und Strebern: Viele Studierende müssen arbeiten, um studieren zu können. (Fotolia oly)

## Studieren ohne Arbeit scheint kaum möglich

### Das hab ich von der AK



„Einige Bewohner einer Siedlung in der Südsteiermark wurden von der Hausverwaltung geklagt, weil Heizkosten nicht bezahlt worden wären. Tatsächlich ist die Heizkostenabrechnung auch für unseren Heiztechniker nicht nachvollziehbar, weil bis zu 50 Prozent überhöht. Daher wurden die Zahlungen berechtigt verweigert. Das Verfahren ist noch offen, aber ohne den Rechtsschutz vom AK-Konsumenschutz wären wir der Immobilienverwaltung ausgeliefert gewesen.“

Johann Kerschbaumer, Mieter

**Die meisten Studierenden** finanzieren ihr Studium selbst, 42 Prozent der Lebenshaltungskosten werden durch Jobs gedeckt.

Österreichs Studierende haben laut Studierendensozialerhebung des IHS (Institut für höhere Studien) zwar im Durchschnitt rund 1.000 Euro im Monat zur Verfügung. Rund ein Drittel der Studierenden muss mit maximal 700 Euro pro Monat auskommen und diese 700 Euro erwirtschaften sie sich selbst.

42 Prozent des Einkommens stammt bei den Studierenden aus eigener Erwerbstätigkeit, dieser Prozentsatz wird von Jahr zu Jahr höher, denn immer weniger Eltern können ihrem Kind ein Studium zur Gänze finanzieren. Nur mehr 38 Prozent des Einkommens wird von den Eltern gestellt, wobei die Familienbeihilfe bereits eingerechnet ist.

### Studienbeihilfe anpassen

So müssen die meisten Stu-

dierenden arbeiten, um Leben und studieren zu können. Doch hier beginnt leider der Teufelskreis – je mehr Studierende arbeiten, desto weniger Zeit kann in das Studium investiert werden.

Studium und Beruf lassen sich aber nicht so einfach miteinander vereinbaren: 37 Prozent möchten ihre Erwerbstätigkeit reduzieren. Eine wichtige Maßnahme wäre die Wertesicherung der Studienbeihilfe – diese wurde seit 2008 nicht mehr erhöht – sowie die Anhebung der Höchststudienbeihilfe. Diese beträgt seit einigen Jahren maximal 679 Euro im Monat, die Ausgaben der Studierenden sind aber in den vergangenen Jahren gestiegen.

Zur leichteren Vereinbarkeit von Beruf und Studium muss die Zuverdienstgrenze erhöht und das Selbsterhalterstipendium ausgeweitet werden. Außerdem wären für Berufstätige flexiblere Stundenpläne, Wegfall der Anwesenheitspflicht und Ausbau von Online-Lernplattformen überlegenswert.

## ZAK in Kürze

### Ganztageschule

Die AK-Bildungsabteilung hat eine Broschüre zur Ganztageschule verfasst: mit wichtigen Kontaktadressen und Antworten auf Fragen wie: Was ist eine verschränkte Ganztageschule? Wie viel kostet die Ganztageschule? Und wo gibt es verschränkte Ganztageschulen? Die Broschüre ist auf [www.akstmk.at](http://www.akstmk.at) herunterladbar oder unter [bjb@akstmk.at](mailto:bjb@akstmk.at) zu bestellen.

### Schulkosten-Check

Erste Zwischenergebnisse im Schulkosten-Check der AK und Kronenzeitung: Drei Viertel aller Eltern wussten gar nicht wirklich, wie viel sie für die Bildung ihrer Kinder ausgeben. Die meisten (78 %) sind von den Begleitkosten für Materialien wie Schreibwaren, Bücher oder EDV-Ausstattungen überrascht. Durch das Ausfüllen der Hefte achtet ein Drittel der Eltern mehr auf die Preise und kauft kostengünstiger und bewusster ein. Viele Alleinerziehende oder Alleinverdienende sehen sich besonders durch Ausgaben in der Oberstufe belastet.

### Ausländische Ausbildung

Inreglementierten Berufen (z.B. Gesundheits- und Krankenpflege) ist die Anerkennung der im Ausland erworbenen Ausbildung für die Berufsausübung notwendig. In anderen Berufen sichert die Anerkennung höhere Löhne und Gehälter, wenn Kollektivverträge bestimmte Voraussetzungen für die Einstufung vorsehen. Ein Anspruch auf Entlohnung als FacharbeiterIn besteht so bei positiv absolvierter Lehrabschlussprüfung. MigrantInnen haben die Möglichkeit, ihre schulische Ausbildung als Lehrabschluss anerkennen zu lassen. Beratungen dazu bietet Zebra in der Granatengasse 4 in Graz (Tel.: 0316/83 56 30, Termin vereinbaren!).



Zeit zum Steuersparen: AK-Experte Dr. Bernhard Koller und sein Team berät AK-Mitglieder in Graz und 13 Außenstellen, wie Sie sich einen Teil der Lohnsteuer von der Finanz zurückholen können. (Fotostudio 44)

## Im Schnitt 500 Euro sparen bei den AK-Steuerpartagen

### Geld zurückholen vom Finanzamt.

Mit der kostenlosen Hilfe bei den AK-Steuerpartagen im März ist das keine Hexerei.

Mehr als 30 Prozent der steirischen Beschäftigten schenken trotz schwerer Zeiten ihr Geld dem Staat, weil sie aus Bequemlichkeit oder Unsicherheit keine Arbeitnehmerveranlagung machen. AK-Steuerexperte Dr. Bernhard Koller: „Steirische Beschäftigte lassen jährlich 50 Millionen Euro liegen.“ Dabei, so der Experte, sei das Ausfüllen des vierseitigen Formulars keine große Hexerei. Bei umfangreicheren Angaben wird bei den AK-Steuerpartagen im März geholfen: „Im Schnitt springen 500 Euro heraus. Vereinbaren Sie einen Termin und holen Sie sich kostenlosen Rat.“

### Familien

Beim Einheben der Lohnsteuer schert der Staat alle über einen Kamm. Besondere Lebensumstände, die die Steuer senken,

werden erst im Nachhinein durch die Arbeitnehmerveranlagung berücksichtigt. So gibt es für Familien zahlreiche steuerliche Begünstigungen. Der Kinderfreibetrag steht für alle Kinder, für die Familienbeihilfe bezogen wird, zu. Die außerhäusliche Betreuung von Kindern bis zum 10. Lebensjahr wird mit bis zu 2.300 Euro berücksichtigt. Bei drei oder mehr Kindern gibt es zusätzlich den Mehrkinderzuschlag.

### PendlerInnen

Auch all jene, die aufgrund eines geringen Einkommens keine Lohnsteuer zahlen, bekommen Geld vom Finanzamt. Die sogenannte Negativsteuer macht bis zu 110 Euro aus. Wer überdies zur Arbeit pendeln muss, kann sich bis zu 400 Euro an Negativsteuer holen. Alle mit einem guten Herzen,

die gerne spenden, können sich bis zu 50 Prozent der mit Belegen nachweisbaren Spenden rückvergüten lassen.

### Arbeitsmittel

Unter die Rubrik Werbungskosten fallen die Betriebsratsumlage, Arbeitsmittel (PC oder Laptop für die Büroarbeit, das Messerset für Köche usw.), Fachliteratur und Kosten für Weiterbildung.

### Termine vereinbaren

**AK-Steuerpartage 2014**  
Tour durch alle Bezirke vom 7. bis 21. März. **Anmeldung** unter Tel. 05 7799-2507

Einen Video-Expertentipp sehen Sie per QR-Code rechts



## ZAK info

### Anmeldung zum Steuersparen

Die AK-SteuerexpertInnen sind vom 7. bis 21. März in den steirischen Bezirken vor Ort und stehen bei allen Fragen rund um die Arbeitnehmerveranlagung zur Verfügung. Terminvereinbarung für die 20-minütigen Beratungen unter Tel. 05 7799-2507. Bitte bringen Sie alle Unterlagen mit und – falls Sie bei Finanz-Online angemeldet sind – den Zugangscode.

### Alle Termine

**Graz:** 7., 14. und 21. März (10–14 Uhr) sowie 11. März (14–18 Uhr) und 18. (14–20 Uhr)

Alle weiteren Termine jeweils 14–18 Uhr:

**Leibnitz und Liezen:** 10. März  
**Feldbach und Bruck:** 12. März  
**Murtal (Zeltweg) und Mürz-zuschlag:** 13. März  
**Deutschlandsberg und Hartberg:** 17. März  
**Murau, Fürstenfeld und Voitsberg:** 19. März  
**Leoben und Weiz:** 20. März

## Das hab ich von der AK



„Durch die Leseaktion der AK Steiermark und der Kronenzeitung habe ich einen positiven Zugang zum Lesen gewonnen. Der Felix erinnert mich jeden Abend an diese Veranstaltung und an die neu erworbenen Bücher.“

Wolfgang Schönbacher,  
Volksschüler

## 8 Stunden Schikane als Arbeitsinhalt

**Nach rechtsunwirksamer Kündigung** wird die Arbeitnehmerin zum Dienstantritt aufgefordert und muss ihre Arbeitszeit allein in einem Raum verbringen. Ohne ihre gewohnte Arbeit verrichten zu dürfen.

Nächster Akt bei den Problemen im Senioren-Zentrum Oberaich. Vor einem Jahr hat die ZAK bereits über die rechtswidrigen 12-Stunden-Dienste, die Probleme mit der Bezahlung und die Schikanen bei einem Anlauf zur Gründung eines Betriebsrats berichtet.

Nach der Intervention der AK wurde Frau K. und weiteren 5 Mitarbeitern vom Seniorenheim gekündigt, was vor dem Landesgericht Leoben wegen verpönten Motiv angefochten und gewonnen wurde. Das Seniorenzentrum berief, forderte aber Frau K. wieder zum Dienst auf, obwohl das Urteil nicht rechtskräftig war. Und da begann ein Leidensweg: Frau K. wurde nicht mehr wie üblich zur Schichtarbeit eingeteilt, sondern zur 5-Tage-Woche, mit einem 8-Stunden-Tag. Diesen musste sie alleine

sitzend in einem Raum verbringen. Der Zutritt zur Pflegestation war ihr trotz ihrer Stellung als Pflegehelferin untersagt, und von Zeit zu Zeit schickte man ihr Bewohner zum Kartenspielen vorbei. Die Senioren-Zentrum Oberaich GmbH wurde mehrmals aufgefordert, dieses schikanöse Verhalten einzustellen. Da dies nicht geschah, brachte die Arbeiterkammer eine Klage auf Unterlassung sowie Feststellung der Arbeitszeiten ein.

Das Oberlandesgericht Graz hat die Entscheidung des Erstgerichts bestätigt und die Kündigung für rechtsunwirksam erklärt.

Vorerst der letzte Akt: Offenbar als Reaktion auf das Urteil wurde kürzlich die Entlassung von Frau K. ausgesprochen. Die AK hat dagegen rechtliche Schritte eingeleitet.



14 von 18 Bäckereien wurden als gut beurteilt: Testsieger im Brottest war die Bäckerei Robert Köck (re.) aus dem Mürztal vor Martin Auer Graz, vertreten durch Rainer Felsner und Elisabeth Gruber. (Fotostudio 44)

## Gute Noten für das steirische Brot

**Das steirische Brot** kann sich schmecken lassen: Bei einem VKI-Test im Auftrag der AK-Marktforschung wurden zwei Bäckereien als „sehr gut“ und zwölf als „gut“ beurteilt. Insgesamt waren 18 Bäckereien am Brottest beteiligt.

Produkttests tragen zur Verbesserung der Qualität bei“, begründet AK-Expertin Mag. Susanne Bauer, wieso das zentrale Grundnahrungsmittel einem strengen Test unterzogen wurde. Untersucht wurden 54 Brote (je ein Weizen-/Roggenmischbrot sowie Vollkornbrot) von 15 Bäckereien und drei Handelsketten auf Cadmium- und Mykotoxinrückstände sowie den Geschmack.

### Bäckerei Köck Testsieger

Testsieger wurde die Bäckerei Köck (Mürzzuschlag) mit 84 Punkten vor Martin Auer (81) sowie Bodiselitsch (Deutschlandsberg) und Weber aus Leoben mit jeweils 80 Punkten. Cadmiumgehalt weit unter Grenzwert wurde im VKI-Test bei drei Vollkornbroten

nachgewiesen, die gefundenen Werte des Pilzgiftes Deoxynivalenol liegen unter dem Grenzwert für Säuglingsbeikost. Im Sensoriktest wurden 39 Prozent der Brote von Experten als fehlerfrei eingestuft, nur zwei Proben erhielten ein „Genügend“. Während Experten neun Brote mit „sehr gut“ beurteilten, verliehen Laien nur einem Brot (Bäckerei Strohmayer) die Bestnote. Im Einzelergebnis landeten der Frankenbauernlaib und das Roseggerbrot von Köck sowie das Vollkornbrot (Bodiselitsch) auf den Stockerlplätzen.

Das günstigste Brot pro Kilo wird bei Hofer (Bauernbrot, 1,47 Euro) angeboten, ins teureste Brot beißt man beim Sorger-Vollkornbrot (7,03 Euro). **rudolf.willgruber@akstmk.at**

## Wohnbauförderung für AK-Mitglieder

**ArbeitnehmerInnen**, die neuen Wohnraum schaffen, können durch die AK-Wohnbauförderungsaktion einen Zinszuschuss von maximal 700 Euro erhalten.

AK-Mitglieder, die 2013 ihre geförderte Neubaubewohnung bezogen oder ihren Rohbau mit Hilfe der Neubauförderung der öffentlichen Hand errichtet haben, können einen einmaligen Zinszuschuss erhalten. „Die Hilfestellung soll den Mitgliedern zugutekommen, die durch die Errichtung ihres Eigenheimes bzw. ihrer Wohnung eine schwere finanzielle Belastung auf sich genommen

haben“, erklärt Präsident Josef Pessler. Der Zinszuschuss für nichtgeförderte Kredite oder Darlehen, die zur Finanzierung von Errichtungskosten aufgenommen wurden, beträgt bis zu 700 Euro. Infos und Formulare sind in allen AK-Außenstellen sowie unter der Servicenummer 05 7799-2520 erhältlich bzw. auf der AK-Homepage verfügbar. Letzter Einreichtermin: 31. März 2014.

# Schnelles Bezahlen

**Billiger Telefonieren im Ausland, neue Verbraucherrechte und Bezahlen im Vorbeigehen: Was heuer neu ist.**

Ob beim Reisen, auf der Bank oder beim Internetshopping: Fast alle KonsumentInnen sind von der einen oder anderen Neuerung betroffen, die mit 2014 eingeführt wurde oder wird. Mit August werden die alten Erlagscheine endgültig durch neue ersetzt. Statt Kontonummer und Bankleitzahl müssen nun immer der BIC (Business Identifier Code) und die IBAN (International Bank Account Number) angeführt werden. Auch beim Netbanking gibt es keine Transaktion mehr ohne IBAN. Die IBAN ist Ihre international gültige Kontonummer und enthält die bisher verwendete Bankleitzahl und Kontonummer, denen lediglich das Kürzel AT und eine zweistellige Nummer vorangestellt werden. Mit 2014 kann auch Ihre Kontokarte mehr: Mittels jeder Bankomatkarte mit dem Aufdruck PayPass kann im Geschäft nun auch ohne Eingabe des Codes bargeldlos bezahlt werden – bis zu 25 Euro. Es reicht, die Karte in die Nähe des Terminals bei der Kasse zu halten. Die Vereinfachung hat allerdings auch eine Kehrseite: Wird die Karte gestohlen, kann Geld ausgegeben werden, ohne dass der Code geknackt wurde.

## Telefonieren im Urlaub

Für Auslandsreisende hält 2014 zwei Änderungen bereit: Wer nach Lettland will, muss kein Geld mehr wechseln. Seit Jahresbeginn bezahlen auch die Letten mit dem Euro. Passend zum Saisonstart für den Sommerurlaub werden dann mit 1. Juli die Roaminggebühren für Auslandstelefo-

nate per Handy gesenkt: Der aktive Anruf aus dem Ausland darf dann maximal 19 Cent pro Minute kosten (bisher 24), das passive Entgegennehmen fünf statt sieben. Pro SMS werden nur noch sechs statt acht Cent verrechnet. Erstmals gibt es auch beim Datenroaming eine Obergrenze von 20 Cent pro Megabyte. Neu ist auch die Möglichkeit, getrennt vom laufenden Vertrag mit dem Mobilfunkdienst einen extra Roamingvertrag bei einem anderen Anbieter zu schließen. Die Telefonnummer kann dabei behalten werden. Wer einen Urlaub im Inland bevorzugt und dabei an einen Besuch bei der Formel 1 denkt, möge rechtzeitig buchen. Bei frühzeitigen Buchungen raten die AK-Konsumentenschützer allerdings zum Abschluss einer Stornoversicherung. „Vorsicht ist beim Ticket-Kauf via Internet geboten. Immer wieder gelangen gefälschte Tickets in Umlauf. Daher sollte im Web nur auf vertrauenswürdigen Seiten gebucht werden“, warnt Mag. Bettina Schrittwieser, Leiterin des

AK-Konsumentenschutzes. Für alle, die einen Bescheid beeinspruchen wollen: Dafür sind die neu geschaffenen Landesverwaltungsgerichte zuständig – bisher waren das je nach Art des Bescheides die verschiedensten Behörden. Der getrennte Parkausweis für Behinderte wurde mit Jahresbeginn abgeschafft. Ab sofort ist nur mehr eine Zusatzeintragung im Behindertenpass notwendig.

## Verbesserungen zu erwarten

Ein paar Änderungen werden im Laufe des Jahres folgen: Festgelegt werden soll etwa, in welchem Ausmaß in Hinkunft elektronische Geräte bei Start und Landung eines Flugzeugs benutzt werden dürfen. Gravierende Änderungen sind durch die neue Verbraucherrechtlinie zu erwarten, die eigentlich längst in Kraft getreten sein sollte. Geplant sind Verbesserungen beim Rücktrittsrecht von einem Kauf, speziell beim Internetshopping, aber auch eine detailliertere Lebensmittelkennzeichnung.



Bis zu 25 Euro kann man im Vorübergehen per Karte ohne Code bezahlen, daher sollte man Karte nicht verlieren. (Fotolia Markus Mainka)

**Drei Sparformen** bieten größtmögliche Sicherheit: Sparbuch, Bausparer und der Bundesschatz. Jede der drei hat spezifische Vor- und Nachteile.

# Geld

Was haben Neugeborene, BerufsanfängerInnen und PensionistInnen gemeinsam? Die Mehrzahl von ihnen besitzt ein Sparbuch, oft sogar mehrere. Die beliebteste Sparform der ÖsterreicherInnen bringt zwar wenig Ertrag, punktet aber mit hoher Sicherheit der Einlagen. Ebenso sicher sind der Bausparvertrag und der – ziemlich unbekannt – Bundesschatz. Für all diese Sparformen haftet die Republik Österreich im Falle einer Insolvenz – beim Bundesschatz direkt und in unbegrenzter Höhe und bei den anderen beiden über die Einlagensicherung bis 100.000 Euro pro Person und pro Bank. Liebkind Sparbuch hat jedoch in letzter Zeit wesentlich an Attraktivität verloren: weil die Zinsen nicht einmal mehr die Inflation kompensieren. Besser, als das Geld unter die Matratze zu legen, ist diese Anlageform trotzdem. Allerdings nur, wenn genügend Zinsen anfallen, um auch die Kontoführungs- und -schließungsgebühren zu decken. „Vor dem Eröffnen eines Sparbuches empfiehlt es sich, ganz gezielt nach anfallenden Kosten zu fragen“, rät AK-Expertin Mag.

Bausparer sollten Vertrag nicht vorzeitig auflösen, sonst muss die staatliche Prämie zurückgezahlt werden. (Fotolia - Picture Factory)



# anlegen - aber sicher

Sandra Battisti. „Vor allem das Schließen eines Sparbuches ist manchmal teuer – besser lässt man einfach ein paar Cent darauf liegen.“

## Gebühren fressen Zinsen

Auch über ausländische Sparbücher sind im Moment selten höhere Zinsen zu lukrieren – und die Einlagensicherung ist in jedem EU-Land unterschiedlich geregelt. Auf den ersten Blick deutlich attraktivere Angebote wie beispielsweise von der estnischen BIGBANK sind kritisch zu hinterfragen: Wie sieht die estnische Einlagensicherung aus, wie seriös ist die Bank, an wen wende ich mich im Notfall, wenn sämtliche Transaktionen nur online möglich sind ...

SparCards, also Sparbücher im Scheckkarten-Format oder als Zusatz auf der Kontokarte, haben den Vorteil, dass unabhängig von den Banköffnungszeiten im Foyer Geld behoben werden kann. Außerdem sind Transaktionen mit dem eigenen Girokonto sehr einfach. Nachteil: Im Fall eines Kartendiebstahls kann das gesamte Ersparnis verloren sein. Prinzipiell gilt, je länger das Geld am Sparbuch gebunden

ist, desto mehr Zinsen bringt es. Aber Vorsicht: Oft sind die Sparerträge in Werbeprospekten noch vor Abzug der Kapitalertragssteuer ausgewiesen! Eine Sonderform sind die Kapitalsparbücher, bei denen ein einmalig eingezahlter Betrag für eine bestimmte Laufzeit gebunden wird. „Derartige Sparformen sind nur empfehlenswert, wenn man wirklich während der gesamten Laufzeit keinen Zugriff auf sein Geld benötigt – ansonsten fallen Vorschuss-Zinsen an oder das Guthaben wird nur wie täglich fälliges Geld verzinst“, warnt Battisti.

Eine vorzeitige Auflösung ist auch beim Bausparvertrag nicht empfehlenswert. Wer die vollen sechs Jahre die vereinbarte Summe einzahlt, bekommt eine staatliche Prämie von derzeit 1,5 Prozent – auf maximal 1.200 Euro pro Jahr. Diese muss im Fall einer Auflösung vor der Zeit aber zurückbezahlt werden, außer das Ersparnis wurde widmungsgemäß verwendet. „Dazu zählen Anschaffung und Verbesserung von Wohnraum, aber auch Maßnahmen der Bildung und der Pflege“, erklärt die AK-Expertin. Bei

voller Laufzeit gibt es keine Prämienrückforderung.

## Geheimtipp Bundesschatz

Eine ziemlich unbekannt alternative Sparform stellt der Bundesschatz dar. Hier borgt man sein Geld direkt der Republik Österreich; die Einlagensicherung ist unbegrenzt. Eine Einlage erfolgt via Internet unter [www.bundesschatz.at](http://www.bundesschatz.at). Alle Transaktionen können online abgewickelt werden, es fallen keinerlei Kontoführungskosten an.

Wer keinen Web-Zugang hat, kann unter der kostenfreien Telefonnummer 0800 123 40 400 ein Anmeldeformular anfordern; die Transaktionen laufen dann via Zahlschein. Einziger Nachteil: Beim Bundesschatz werden die Zinsen erst am Ende der Laufzeit gutgeschrieben, und nicht jährlich. Daher kann man bei Laufzeiten über einem Jahr keine Zinseszinsen lukrieren. Wie sehr sich das auswirkt hängt von der Höhe der Einlage und der Bindungsfrist ab – ein Vergleich mit den Kontoführungs- und Transaktionsgebühren bei anderen Anlageformen lohnt sich jedenfalls.

# Flüssigkeiten im Flugzeug

**Seit Ende Jänner gelten weniger strenge** Richtlinien für die Mitnahme von Flüssigkeiten auf Flugreisen. Grund dafür: Neue Scanner erkennen Sprengstoffe besser.

Von Los Angeles über London nach Wien ging die Reise einer Steirerin, die im Duty-free-Shop noch schnell eine Flasche Cognac gekauft hatte. Aufgrund der Sicherheitsvorschriften hätte sie die Spirituose beim Umsteigen in London in ihrem Check-in-Gepäck verstauen müssen. Da das aber nicht möglich war, wurde ihr die teure Flasche abgenommen.

Diese Regelung aus dem Jahr 2006 wurde mit 31. Jänner gelockert: Flüssigkeiten, die auf einem Flughafen außerhalb der EU oder an Bord einer Nicht-EU-Airline gekauft wurden, können nun auch beim Umsteigen innerhalb der EU mit an Bord genommen werden. Voraussetzung ist jedoch, dass sie in einem versiegelten Plastiksack transportiert werden und dass der Kaufnachweis innen gut sichtbar angebracht ist.

## Medikamente & Babybrei

Weiterhin dürfen auch Medikamente oder Spezialnahrung wie Babybrei mitgeführt werden; außerdem 100 Milliliter anderer Flüssigkeiten wie Kosmetika, Parfüm oder Rasiertgel, wenn sie sich in einem durchsichtigen, wieder verschließbaren Ein-Liter-Plastiksack befinden. Die gelockerten Vorschriften verdanken die Fluggäste dem technischen Fortschritt: Seit 31. Jänner werden an den Sicherheitsschleusen der Flughäfen neue leistungsfähigere Scanner eingesetzt, die explosive Stoffe leichter erkennen können.

Ursula Jungmeier-Scholz

# Werbefahrt mit Spätfolgen

Ein angeblicher Geldgewinn verlockte steirische AK-Mitglieder zum Buchen einer Reise. Drei Jahre nach Stornierung der Reise kam plötzlich der Brief eines Anwalts.

Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen. Drei steirische AK-Mitglieder hatten von einem Schweizer Unternehmen angeblich eine Reise geschenkt bekommen. Zunächst war ihnen zwar ein Geldbetrag als Gewinn versprochen worden, der im Zuge einer kleinen Werbefahrt zu einem Gasthaus übergeben werden sollte. Dort angekommen, entpuppte sich der angebliche Gewinn jedoch als Reisegutschein – einlösbar nur unter der Bedingung, dass eine weitere Reise gebucht wird. Gereist ist übrigens keine von den drei Betroffenen, aber den Konsumentenschutz-ExpertInnen der AK hatten sie auch so einiges zu erzählen. Ob in diesen Fällen das letzte Wort schon gesprochen wurde, ist noch unklar.

## Gewinnen misstrauen

Begonnen hat alles im Herbst 2010 mit der Gewinninformation. „Derartigen Mitteilungen sollte man generell misstrauen“, warnt AK-Expertin Mag. Birgit Auner. Nicht selten werden letztlich zwar kleine Präsente übergeben, aber nur im Rahmen von Werbefahrten, bei denen die KonsumentInnen zum Kauf völlig überteuerter Waren überredet werden. Im genannten Fall waren es eben Reisen. Allerdings sehr dubiose Reisen: Klar waren immer nur Ziel und Dauer der Reise. Nicht aber der Zeitpunkt, zu dem die Reise stattfinden sollte. Fünf Tage Schwarzwald, vier Tage Rhein/Mosel – erst mit der Buchungsbestätigung wurde der Termin genannt. Bei einer Betroffenen haben sich die beiden gebuchten Reisen sogar

zeitlich überschritten! Eine der angeblichen Gewinnerinnen wandte sich so rasch an die AK, dass ihre Reisen noch kostenfrei storniert werden konnten. Die anderen verloren ihre Anzahlungen und die bereits geleistete stolze Beratungsgebühr von 40 Euro pro Person und Reise. Auf die Rücktrittsschreiben der AK hat das Unternehmen, das mittlerweile schon aus dem Firmenbuch gelöscht wurde, nie reagiert. Dann kehrte Ruhe ein.

## Brief folgte nach 3 Jahren

Im Herbst 2013 – drei Jahre nach den Rücktritten – bekamen die Konsumentinnen plötzlich wieder Post, diesmal von einem deutschen Rechtsanwalt: Es seien die Stornobeträge für die Reisen nicht bezahlt worden und diverse Spesen angefallen. 200 bis

400 Euro wurden verlangt. „Offensichtlich hat da jemand alte Kundendaten angekauft und versucht sie nun zu Geld zu machen“, mutmaßt Auner. Diesmal sind die drei Betroffenen gleich zur AK gegangen. Bezahlt hat keine mehr. Ob die Anwälte wirklich vor Gericht gehen, bleibt abzuwarten. Aber selbst wenn dies der Fall wäre: Die AK gibt ihnen Rechtsschutz vor Gericht. Falls es noch weitere Betroffene geben sollte, können auch sie sich bei der AK melden. Übrigens: Die Reisen waren trotz Abzug eines geheimnisvollen Sponsorenrabatts gleich teuer wie gleichartige individuelle Buchungen im Reisebüro. Nur dass man sich dort den Termin sowie das Hotel selbst aussuchen kann und garantiert nicht mit Produktpräsentationen belästigt wird. **Ursula Jungmeier-Scholz**



Mahnschreiben für nach Werbefahrten stornierte Reisen flatterten Konsumentinnen nach drei Jahren ins Haus. (Kzenon - Fotolia)

## Kein Kredit für PensionistInnen?

Ein Häuschen mit Garten für die Zeit der Pension oder doch eine komfortable Stadtwohnung? Ändert sich die Lebenssituation, ändern sich oft auch die Wohnträume. Der eigene Garten oder die zentral gelegene Wohnung lassen sich manchmal aber nicht mit dem Erlös der bisherigen Wohnform finanzieren. Um eine Finanzierungslücke von 30.000 Euro für die schicke Wohnung im Grazer Zentrum zu schließen, sprach eine 70-jährige Steirerin bei ihrer Hausbank wegen eines Kredites vor. Sie bekam keinen – auch bei keiner anderen Bank. In ihrem Alter sei sie nicht mehr kreditwürdig, wurde ihr knallhart mitgeteilt. Da half kein Verweis auf ihre reichliche Pension und auch nicht das Angebot, die Bank als Erbin der Immobilie ins Testament aufzunehmen.

## Ungerecht, aber rechtens

„Alle Banken haben ein informelles Alterslimit für die Kreditvergabe – und dagegen kann man nichts unternehmen“, bestätigt Mag. Bettina Schrittwieser, Leiterin des AK-Konsumentenschutzes. In sämtlichen Angelegenheiten, die nicht das Arbeitsleben betreffen, schützt das Gleichbehandlungsgesetz nämlich nur vor Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, nicht aber vor Altersdiskriminierung. Es ist also völlig rechtens, dass Menschen in Pension keinen Kredit mehr bekommen – egal wie ungerecht es ist. „Wir wären allerdings oft froh, wenn die Banken bei der Vergabe von Krediten an junge Menschen ebenso vorsichtig wären“, sagt Schrittwieser. Betroffenen kann die AK nur anbieten, bei den Banken zu intervenieren und bei der Suche nach einer außergerichtlichen Lösung behilflich zu sein.



# Ihre Stimme für eine starke AK

**Rund 380.000 Mitglieder** entscheiden bei der AK-Wahl vom 27. März bis 9. April über die Stärke ihrer Interessenvertretung. Jede Stimme zählt!



Die AK-Mitglieder bestimmen die Ausrichtung und die Stärke ihrer Interessenvertretung. Bei der Wahl vom 27. März bis 9. April zählt jede Stimme, denn eine starke Wahlbeteiligung verleiht der AK die Stärke, in der politischen Auseinandersetzung ein gewichtiges Wort mitzureden. An der Wahl teilzunehmen liegt also im Interesse aller steirischen Beschäftigten.

## AK-Service für Sie

Rund 1.000 Menschen wenden sich pro Arbeitstag persönlich, telefonisch oder schriftlich per Post und E-Mail um Rat und Hilfe an die AK-ExpertInnen in der Grazer Zentrale und den 13 Außenstellen in den Bezirken. Mehr als 46 Millio-

nen Euro werden pro Jahr für steirische Beschäftigten in Arbeits- und Sozialrechtssachen sowie in Insolvenzangelegenheiten erstritten. Das ist aber nicht alles: Ermäßigungen bei der Weiterbildung, vielfältige Beihilfen für einkommensschwache Eltern und PendlerInnen, Hilfe beim Zurückholen der Lohnsteuer oder Preisvergleiche helfen zusätzlich Geld sparen. Für jeden Euro Mitgliedsbeitrag fließen drei Euro in Form von Leistungen an die Mitglieder zurück.

## Das soziale Gewissen

Die Arbeiterkammer versteht sich auch als das soziale Gewissen der Gesellschaft, und so kommt neben dem umfas-

senden Serviceangebot die interessenpolitische Arbeit nicht zu kurz. Soziale Absicherung, gerechte Bildungschancen, Frauenförderung oder mehr Steuergerechtigkeit: Die AK lässt nicht locker, wenn es darum geht, die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber der Politik und der Wirtschaft zu vertreten. Gerade in Krisenzeiten ist die AK der starke und verlässliche Partner der Beschäftigten.

## Im Betrieb oder per Post

Ihre Stimme können Sie in 1.037 Betrieben oder per Briefwahl abgeben. Auf diese Weise wird fast jedem zweiten Wahlberechtigten die Stimmabgabe direkt im Betrieb ermöglicht.

# 46,4 Millionen für AK-Mitglieder erkämpft

**Der Unterschied zwischen Recht haben und Recht bekommen** ist die Arbeiterkammer. Das zeigt die Bilanz des AK-Rechtsschutzes für das Jahr 2013, in dem mit 46,4 Millionen Euro um fast 25 Prozent mehr als im Jahr zuvor für die AK-Mitglieder erstritten wurden.

Die 14,1 Millionen, die nur in Arbeitsrechtssachen hereingeholt wurden, wären unseren Mitgliedern schlicht und einfach vorenthalten worden“, skizziert AK-Präsident Josef Pessler die Bedeutung des kostenlosen Rechtsschutzes für die steirischen ArbeitnehmerInnen. Insgesamt wurden in Arbeits- und Sozialrechtssachen (inklusive Jugend, Frauen und Insolvenz) 2013 bei den Landesgerichten Graz und Leoben 4.147 Klagen eingebracht.

## 1.519 Klagen

In Arbeitsrechtssachen allein wurden mit 1.519 Klagen steiermarkweit zwar um sechs Prozent weniger Fälle behandelt, doch wurden dabei um 16

Prozent mehr (14,1 Millionen Euro) hereingebracht; 8,8 Millionen davon mussten gerichtlich durchgesetzt werden, bilanziert der Bereichsleiter Soziales, DDr. Werner Anzenberger. Damit erreichten die erstrittenen Beträge das Niveau des Höchstwertes von 2011, als die Wirtschaftskrise am stärksten in der Steiermark durchgeschlagen hat. 2013 wurden 1.069 Rechtsfälle von eigenen ReferentInnen vor Gericht vertreten, 450 Fälle wurden an Vertrauensanwälte zur Vertretung ausgelagert. Die Anzahl der Klagen in Sozialrechtssachen betrug im Vorjahr 2.547, was einen Rückgang um zwei Prozent bedeutet. Besonders stolz können die AK-ExpertInnen

darauf sein, dass nur rund fünf Prozent der vertretenen steirischen Beschäftigten mit ihren Anliegen keinen Erfolg hatten.

## 6.000 Euro pro Fall

In den meisten Streitfällen geht es um vorenthaltenes



Entgelt. Im Schnitt bekam jeder, der arbeitsgerichtlich vertreten wurde, rund 6.000 Euro erst mit Hilfe der AK ausbezahlt. Die „Sünderbranchen“ sind seit Jahren die üblichen Verdächtigen: Gastgewerbe, Personalleasing, Handel sowie Branchen ohne Kollektivvertrag. Es sind also Branchen mit überwiegend kurzer Beschäftigungsdauer, hohem Personalwechsel und ohne Betriebsrat.

## 32,3 Millionen für Pleiteopfer

Im Vorjahr hat die AK 5.385 steirische Beschäftigte aus insolventen Betrieben vor dem Insolvenzausfallgeldfonds vertreten. Dieser Service, der die Pleiteopfer durch das komplizierte Verfahren führt, erbrachte 32,3 Millionen Euro für die betroffenen AK-Mitglieder. Der realisierte Gesamtbetrag ist somit um 27 %, die Anzahl der vertretenen ArbeitnehmerInnen um 19 % gestiegen. 39 Klagen wurden in Insolvenzsachen eingebracht, was einer Verdreifachung entspricht. Weitere 1.166 Mitglieder wurden in Großpleiten (Alpine, dayli, S.O.P.1) beraten, die Abwicklung erfolgte in anderen Länderkammern.

## Beratung und Auskünfte

Die Anzahl der persönlichen Auskünfte in Arbeits- und Sozialrechtssachen (51.904 mal) ist gegenüber 2012 um 5 % gesunken, telefonische Auskünfte wurden fast 120.000 mal gegeben. Einen starken Anstieg um 36 % auf 7.667 Fälle registrierten die AK-ExpertInnen bei den schriftlichen Rechtsauskünften per Fax, E-Mail und Brief.

[rudolf.willgruber@akstmk.at](mailto:rudolf.willgruber@akstmk.at)



Soforthilfe im Notfall: Mehr als 50.000 mal suchten AK Mitglieder Rat in Arbeits- und Sozialrechtsfragen, 14,1 Millionen Euro wurden erstritten. Kleines Bild: AK Bereichsleiter Soziales, DDr. Werner Anzenberger.



Sportminister Gerald Klug tritt beim Familienradwandertag nach Leibnitz in die Pedale: Am 15. Juni 2014 erfolgt der Startschuss zur nächsten Radlertour in Graz Puntigam.

## Das hab ich von der AK



„In meinem Lehrberuf musste ich regelmäßig Überstunden leisten. Da ich genaue Arbeitsaufzeichnungen führte, konnte die Arbeiterkammer nach Beendigung meines Lehrverhältnisses Überstundenentgelt für 500 Überstunden einfordern. Durch die Hilfe der Arbeiterkammer erhielt ich nachträglich 2.500 Euro ausbezahlt.“

Katrin List,  
Kosmetikerin

## Bilanz im Überblick

- 4.197 Klagen eingebracht – 14,1 Millionen Euro erstritten, im Bereich der Jugendabteilung wurden 42 Klagen eingereicht und 306.000 Euro hereingebracht
- 5.385 ArbeitnehmerInnen in Insolvenzverfahren vertreten
- Fast 30.000 Konsumentenberatungen (davon 7.000 persönlich) wurden von der AK durchgeführt
- 3.281 Beratungen in Steuer-

fragen – rund 1,6 Millionen Euro von der Finanz zurückgeholt

- Knapp 40.000 Bildungsschecks zu je 60 Euro wurden bei VHS und bfi eingelöst
- Im Rahmen der „Felix“-Leseaktion wurden 430 Bücherkisten (mit je 40 Kinderbüchern) an 3. und 4. Volksschulklassen gespendet, 15.300 Volksschüler nahmen an der Aktion teil
- 127.000 kostenlose Buchentlehnungen von der AK-Bibliothek (rechts im Bild)



Lohn fürs Lesen: Zehn VolksschülerInnen gewannen Büchergutscheine.



- Für 265 Ansuchen der Wohnbauförderungsaktion wurden rund 139.000 Euro aufgewendet
- 10.192 einkommensschwache PendlerInnen erhielten als Beihilfe des Landes Steiermark und der AK im Schnitt 128 Euro ausbezahlt
- An 2.475 Eltern von schulpflichtigen Kindern und StudentInnen wurden AK-Beihilfen von insgesamt 393.000 Euro ausbezahlt
- 62 JungakademikerInnen

erhielten Förderungen für ihre wissenschaftlichen Arbeiten (gesamt: 27.850 Euro), für 136 Beihilfen zur Berufsreifeprüfung wurden knapp 30.000 Euro erstattet

- 15.000 Sportbegeisterte nahmen an 60 Veranstaltungen des AK-ÖGB-Betriebsports teil
- 6.800 Gesundheitsbewusste aus 115 Betrieben ließen sich im Rahmen der Aktion „Gesund & fit“ auf wichtige Gesundheitswerte testen.



# Im Betrieb oder per Post: Zur Wahl stehen 6 Listen

**Stimmabgabe leicht gemacht:** Bei der AK-Wahl können die Mitglieder ihre Stimmen direkt im Betrieb oder per Briefwahl abgeben.

Bei der Arbeiterkammerwahl vom 27. März bis 9. April sind rund 380.000 Mitglieder aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Das Wählen wird durch eine hohe Zahl an Wahllokalen in den Betrieben und durch die Briefwahl leicht gemacht.

## Wer wird gewählt?

Gewählt wird die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, die aus 110 Kammerräten besteht. Die Vollversammlung wählt aus ihrer Mitte den Präsidenten. Die

Vollversammlung fasst Beschlüsse über die Grundsätze der Arbeitnehmerinteressenpolitik.

## Sechs Listen

Zur Wahl stehen sechs Listen. Im Jahr 2009 haben fünf Listen den Einzug in die Vollversammlung geschafft, wie bei der letzten Wahl tritt die Liste Kaltenbeck erneut an. Die Vollversammlung gibt die politische Ausrichtung der Arbeiterkammer vor. Entsprechend den dort beschlossenen Anträgen versuchen die FunktionärInnen, auf Politik und

Wirtschaft einzuwirken, um die Interessen der Beschäftigten zu wahren.

## Wer darf wählen?

Wahlberechtigt sind ohne Unterschied der Staatszugehörigkeit alle am Stichtag (20.12.2013) in der Steiermark beschäftigten ArbeitnehmerInnen.

## Wählen im Betrieb

So weit organisatorisch möglich wird die AK-Wahl in den Betrieben durchgeführt. Alle Beschäftigten, die direkt am Arbeitsplatz wählen können, werden rechtzeitig vom AK-Wahlbüro über ihr Wahllokal und ihre Wahlzeit informiert. Wahlberechtigte eines Be-

triebswahlsprenghels, die an den Wahltagen aus persönlichen oder arbeitsbedingten Gründen (Urlaub, Dienstreise, Arbeitsplatzwechsel usw.) nicht im Betrieb sein werden, können eine Wahlkarte beantragen. Anträge auf Ausstellung einer Wahlkarte müssen spätestens bis 24. März über das Wahlservice der AK-Homepage ans Wahlbüro gestellt werden.

## Briefwahl

Alle anderen Wahlberechtigten erhalten automatisch eine Wahlkarte zugesandt, mit der sie dann während des gesamten Wahlzeitraumes in den Wahllokalen des Allgemeinen Sprengels oder per Brief-

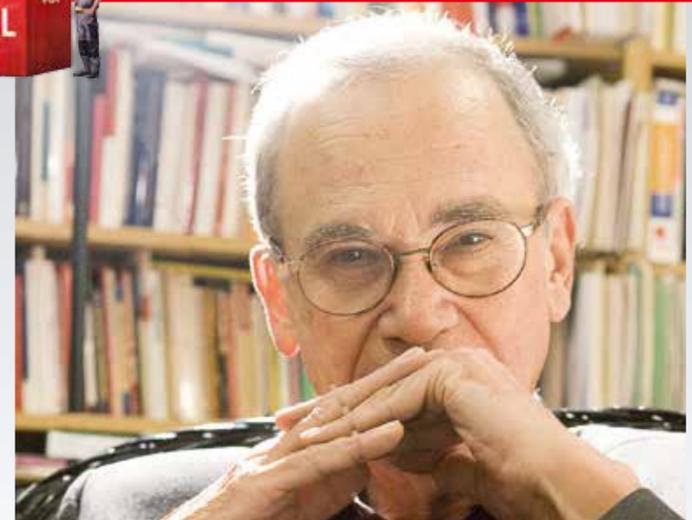
wahl wählen können. Bei der Stimmabgabe per Briefwahl ist jedoch zu beachten, dass der Brief mit der Wahlkarte spätestens am letzten Wahltag aufgegeben werden muss.

## Geheim

Nach Ende des gesamten Wahlzeitraums (Schließung des letzten Wahllokals) wird vor der Auszählung das Rücksendeküvert vom Küvert mit dem Stimmzettel getrennt, sodass eine Zuordnung des Stimmverhaltens nicht möglich ist und das Wahlgeheimnis selbstverständlich gesichert ist.

## Öffentliche Wahllokale

Auch eine persönliche Stimmabgabe mit den zugesandten Wahlunterlagen ist in einem der 15 öffentlichen Wahllokale (in der Grazer AK-Zentrale, in allen 13 Außenstellen sowie im ÖGB in Bad Radkersburg) möglich. Die öffentlichen Wahllokale sind vom 27. März bis 9. April täglich geöffnet.



**Politikwissenschaftler** Emmerich Tálos im ZAK-Interview über die Bedeutung der AK-Wahl und kommenden Herausforderungen für die Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen.

(Foto: APA/picturedesk)

# AK-Wahl stärkt das politische Gewicht

**Die Arbeiterkammer hat eine hohe Akzeptanz bei ihren Mitgliedern. Wieso schlägt sich dieses Vertrauen nicht in einer entsprechenden Wahlbeteiligung nieder?**

**Tálos:** Die von den Mitgliedern sehr anerkannte und breit nachgefragte Beratungs- und Vertretungstätigkeit wird offenbar als eine selbstverständliche Leistung einer Organisation mit Pflichtmitgliedschaft betrachtet. Die Kenntnisse über die wahlwerbenden Fraktionen dürften eher gering sein, zudem sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Fraktionen, die zur Wahl antreten, für Teile der Mitglieder offenbar nicht so ausmachbar, dass dies ein Anreiz dazu wäre, zur Wahl zu gehen.

**Wieso ist es wichtig, zur AK-Wahl zu gehen?**

**Tálos:** Jede Wahl ist ein demokratisches Recht. Die AK-Wahlen entscheiden über die Kräfteverhältnisse in den Arbeiterkammern und in Einrichtungen wie beispielsweise der Sozialversicherung. Sie entscheiden damit auch darüber, welche inhaltlichen Positionen die Arbeiterkammern als wichtiger gesellschaftspolitischer Akteur vertreten:

a) in Österreich im öffentlichen Diskurs, im Gesetzgebungsprozess gegenüber Regierung und Parteien sowie im Rahmen der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit, b) auf EU-Ebene als Lobbyist für Arbeitnehmerinteressen gegenüber der Kommission, aber auch dem Parlament. Die Beteiligung an Wahlen kann das politische Gewicht der Arbeiterkammern stärken.

**Welche Herausforderungen stellen sich der Arbeiterkam-**

**mer in naher Zukunft?**

**Tálos:** Insbesondere im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben in den letzten Jahren materielle und soziale Problemlagen zugenommen, ablesbar am Anstieg der Erwerbslosigkeit, nicht existenzsichernder atypischer Beschäftigungsformen und der Verarmungsrisiken, an Einkommenseinbußen und Problemen leistbaren Wohnens. Diese Problemlagen werden absehbar auch die zukünftige Entwicklung prägen und erfordern eine klare und offensive Positionierung der Arbeitnehmervertretung. Dies gilt insbesondere auch angesichts der enormen Schiefelage der Entwicklung und Ausrichtung der EU. Bei der von der EU dominant forcierten Krisenlösungspolitik auf dem Weg von Sparpolitiken und der Einschränkung von Handlungsspielräumen bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen werden Arbeitnehmerrechte und die sozialstaatliche Absicherung beträchtlich verschlechtert. Der notwendige Kurswechsel in der EU-Politik wird ohne breit unterstützte, starke Arbeitnehmervertretungen nicht schaffbar sein.

## ZAK info

### Zur Person

Emmerich Tálos, Jahrgang 1944, ist emeritierter Universitätsprofessor für Politikwissenschaft der Uni Wien. Zu seinen Forschungs- und Publikationsschwerpunkten zählen Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat, die politische Entwicklung Österreichs im 20. Jahrhundert, Austrofaschismus und die Sozialpartnerschaft. Seine jüngste Publikation „Das austrofaschistische Herrschaftssystem. 1933 – 1938“ ist im Vorjahr im Wiener Lit Verlag erschienen.

Das Team des Wahlbüros um Dr. Michael Russ (mit Brille) ist für den korrekten Ablauf der AK-Wahl zuständig: Die Aufgaben reichen von der Erstellung sämtlicher Wahlunterlagen, dem Anlegen der Wählerliste, dem Einrichten der Betriebswahlsprenghel über das Ausstellen der Wahlkarten bis hin zur Organisation der gesamten Briefwahl.

(AK, apops/Fotolia)





# Pläne, Erwartungen, Ziele:



Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG), Listenführer AK-Präsident Josef Pessler.



ÖAAB - FCG – Liste Franz Gosch, Listenführer AK-Vizepräsident Franz Gosch, beschäftigt bei der GPA-djp.



Freiheitliche Arbeitnehmer – FPÖ, Teamleader Mag. Harald Korschelt, beschäftigt bei der Raiffeisenlandesbank Steiermark.



Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG), Spitzenkandidatin Ursula Niediek, beschäftigt bei Alpha Nova.

**Grund für Kandidatur.** Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt, aber immer mehr Menschen haben von diesem Wohlstand nichts. Familien, die sich ständig steigende Mieten, Strom- und Heizkosten nicht mehr leisten können; Frauen, die für gleiche Arbeit weniger bezahlt bekommen als Männer; Alleinerzieherinnen, für die ein defektes Haushaltsgerät zum Riesenproblem wird; Eltern, die sich den Nachhilfeunterricht für ihre Kinder vom Mund absparen müssen; KollegInnen, die ihre Arbeit verlieren und sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen und andererseits ArbeitnehmerInnen, die ausgepresst werden und ausbrennen ... Ich will gemeinsam mit der AK meinen Beitrag leisten, um die Situation für die Menschen zu verbessern.

**Zielsetzungen.** Es ist mir wichtig, mich für die steirischen ArbeitnehmerInnen reinzuhauen, die Ärmel aufzukrempeln und die Probleme kräftig anzupacken. **Erwartungen.** Die FSG ist die Fraktion, auf die sich die ArbeitnehmerInnen verlassen können. Das wissen die Menschen und deshalb bin ich sehr zuversichtlich, dass die FSG bei der AK-Wahl eine hohe Zustimmung bekommen wird.

**Grund für Kandidatur.** Ich arbeite aus Überzeugung und mit großer Freude mit und für Menschen. Als Arbeitnehmervertreter und AK-Vizepräsident gibt es mir Kraft und Energie, wenn ich Verbesserungen, Hilfeleistungen und Unterstützung für die Menschen erwirken kann. Mir geht es um eine lebenswerte Arbeitswelt, für die es sich mit viel Einsatz zu kämpfen lohnt. **Zielsetzungen.** Mit meiner „Initiative lebenswerte Arbeitswelt“ entwickle ich gemeinsam mit Betriebsräten und Experten die notwendigen Konzepte, um in den Betrieben die Arbeitssituation zu verbessern. Daher möchte ich, dass die AK, gestützt auf diesen Grundlagen, im Bereich Gesundheitsvorsorge und Prävention wesentlich stärker auftritt als bisher. Ebenso geht es mir darum, die Einkommen zu verbessern, damit den Arbeitnehmern mehr Geld zum Leben bleibt. Die Menschen können sich von unserer AK fundierte Unterstützung erwarten.

**Erwartungen.** Ich hoffe, dass mir die AK-Mitglieder genug Vertrauen entgegenbringen, damit ich meine Ideen für die notwendigen Verbesserungen auch umsetzen kann.

**Grund für Kandidatur.** Das Maß ist voll. Pflegeregress, Schließung von Polizeiposten und Zwangszusammenlegungen, die AK wird immer mehr zur Außenstelle des ÖGB. Und dies alles auf dem Rücken der steirischen Arbeitnehmer. Rot und Schwarz spielen in der AK immer den starken Mann, in den Parteigremien glänzen sie durch Abwesenheit. Bei Rot und Schwarz stehen ÖGB-Sekretäre an der Spitze, die ihre Tätigkeit als Betriebsräte im letzten Jahrtausend beendet haben. Ich bin seit fast 20 Jahren Betriebsrat (nicht freigestellt) in der Privatwirtschaft und kenne die Höhen und Tiefen des Arbeitslebens von der Basis her. Nun rollt schon wieder die nächste Belastungswelle auf uns zu. Veranlasst von Rot und Schwarz. **Zielsetzungen.** Die politische Vertretung in der AK muss schlagkräftiger werden. Briefe nach Wien und in die Grazer Burg zu senden, ist zu wenig. Wer in der AK sitzt muss die Interessen der Arbeitnehmer auf allen Ebenen vertreten. Dies ist bei Rot und Schwarz leider nicht der Fall.

**Erwartungen:** Wir wollen deutlich Nummer 3 in der AK bleiben und den Abstand zu Rot und Schwarz verringern.

**Grund für Kandidatur.** Ich bin seit fast 15 Jahren Betriebsrätin. Das ist wichtig, und da tut man, was man kann. Aber wenn, wie in meiner Branche, die Personalschlüssel schlechter werden, weil das Land als Geldgeber Ausgaben kürzt, dann kann ich bei der Geschäftsführung wenig erreichen. Dann müssen Arbeiterkammer und Gewerkschaft klar Stellung beziehen und der Landesregierung Druck machen. Deshalb kandidiere ich für die AK.

**Zielsetzungen.** Zurzeit stellen wir vier Arbeiterkammerrätinnen und -räte. Wir wollen so viel zulegen, dass wir künftig auch im Vorstand vertreten sind. In der Vollversammlung lässt sich eine Minderheitenfraktion leicht abschmettern. Aber im Vorstand können wir mehr ausrichten, dorthin werden auch die Anträge zur Entscheidung geschickt.

**Erwartungen.** Ich erwarte, dass die Arbeiterkammer das tut, wofür sie da ist, nämlich die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu vertreten, ohne Rücksicht auf Parteifreunde im Landtag oder Bund. Daran müssen wir die KollegInnen der anderen Fraktionen leider immer wieder erinnern.



# die Spitzen sind am Wort



Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB-KPÖ), Spitzenkandidat Kurt Luttenberger, beschäftigt beim bfi Steiermark.



Liste Kaltenbeck, Listenführer Dieter Kaltenbeck, beschäftigt an der Karl-Franzens-Universität Graz.

**Grund für Kandidatur.** Die Fraktion GLB-KPÖ ist eine kleine, aber wichtige Kraft in der steirischen Arbeiterkammer. Wir sind eine verlässliche Stimme gegen steigenden Arbeitsdruck, prekäre Arbeitsverhältnisse, Lohnkürzungen und Sozialabbau, der sich in unserem Bundesland u. a. auch beim Regress bemerkbar macht.

**Zielsetzungen.** Die Arbeiterkammer muss mehr sein als eine Serviceeinrichtung. Es geht um klare Interessenvertretung ohne „Wenn und Aber“ für die arbeitenden Menschen – gerade in der Sozialpartnerschaft. Viele AK-Spitzenfunktionäre, die gleichzeitig auch Mandate im Nationalrat, Bundesrat, Landtag und großen Gemeinden ausüben, dürfen einfach nicht das genaue Gegenteil von dem tun, was sie z. B. in den AK-Vollversammlungen ganz anders beschließen.

**Erwartungen.** Wir möchten deutlich Stimmen dazugewinnen und stärker werden.

**Grund für Kandidatur.** Wir wollen eine Alternative zu den Parteifraktionen und parteinahen Listen sein. Leiharbeit, die Situation der Beschäftigten in den Bereichen ohne kollektivvertragliche Mindestentgelte, aber auch der gesamte Bildungsbereich und die Universitäten werden thematische Schwerpunkte unserer Arbeit sein.

**Zielsetzungen.** Existenzsicherung für alle. Einhaltung der geltenden Gesetze in allen Betrieben. Unterstützung und Beratung für alle von Ausbeutung betroffenen Beschäftigten. Lohnuntergrenze im Rahmen der Zumutbarkeitsbestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. **Erwartungen.** Die Krise ist nicht überwunden. Eine weitere, massive Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen ist zu befürchten. Die Frage der gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist nicht mehr nur ein Gebot der Gerechtigkeit, es ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Für die Liste Kaltenbeck erhoffe ich einen Arbeitsauftrag für parteiunabhängige, solidarische und konsequente Interessenvertretung.

AMTLICHER STIMMZETTEL		
für die Wahl der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark vom 27. März bis 9. April 2014		
Liste Nr.	Bezeichnung der wahlwerbenden Gruppe und allfällige Kurzbezeichnung	Für gewählte wahlwerbende Gruppe im Kreis <input type="checkbox"/> einsetzen
1	Sozialdemokratische GewerkschafterInnen (FSG) AK-Präsident Josef Pessler	<input type="radio"/>
2	ÖAAB – FCG – Liste Franz Gosch	<input type="radio"/>
3	Freiheitliche Arbeitnehmer (FA) (FA/FPÖ)	<input type="radio"/>
4	Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/ Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG)	<input type="radio"/>
5	Gewerkschaftlicher Linksblock – KPÖ (GLB – KPÖ)	<input type="radio"/>
6	Liste Kaltenbeck	<input type="radio"/>

Endgültiges Wahlergebnis 2009			
Fraktion	Stimmen	%	Mandate
FSG	93.815	65,7	74
ÖAAB-ÖVP	28.998	20,3	22
FA	10.548	7,4	8
AUGE/UG	5.403	3,8	4
GLB	2.688	1,9	2
Liste Kaltenbeck	890	0,6	0
Bündnis Mosaik	490	0,3	0



Gastartikel des Bestsellerautors Richard Schneider

# Haiders Erbe

„Kärnten ist reich“, prahlte der verstorbene Jörg Haider nach dem Verkauf der Mehrheitsanteile seiner Landesbank an die Bayern. Inzwischen hängt der Hypo-Klotz zur Gänze wieder den Österreichern am Hals und könnte jedem Einzelnen – vom Baby bis zum Großvater – bis zu 2.300 Euro kosten.

Als der damalige ÖVP-Chef und Finanzminister Josef Pröll im Dezember 2009 die ersten Budgetmilliarden aufbot, um die Hypo Group Alpe Adria (HGAA) durch eine Notverstaatlichung vor dem Zusammenbruch zu retten, versprach er volle Transparenz und „jeden Beleg dreimal umzudrehen“. Den österreichischen Staat kostete diese Nacht-und-Nebel-Aktion bis heute bereits 4,8 Milliarden Euro. Licht in das undurchsichtige Geschäftsgewaren der Klagenfurter Skandalbank drang hingegen bis heute nicht. Auch der jetzige Finanzminister, Michael Spindelegger, ist nicht willens oder in der Lage, eine konkrete Schadenssumme zu nennen: „Das wäre nämlich unseriös.“

## Beängstigendes Desaster

Wie weit sich der im Kärntner Biotop unter den wohlwollenden Augen des verstorbenen Landeshauptmannes Jörg Haider entstandene Hypo-Sumpf tatsächlich noch ausbreitet, lässt sich daher nur erahnen. Die Schätzungen liegen zwischen mindestens 8 und realistischere 19 Milliarden Euro. Genauere Berechnungen sollen demnächst vorliegen. Aktuell prüfen eine spezielle Task Force und die Regierung die mögliche Ausgestaltung einer sogenannten „Anstalts-Bank“. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um eine gewöhnliche „Bad Bank“, nur dass sie dem österreichischen Steuerzahler gehört. Die Summen, die das Hypo-Desaster verschlungen hat und weiter verschlingt, sind jeden-

falls beängstigend. Bei einem Kreditportfolio von insgesamt 37,8 Milliarden Euro zum Zeitpunkt der Verstaatlichung mussten inzwischen mehr als zehn Milliarden für faule Kredite rückgestellt werden. Falsche Bilanzen, zweifelhafte Bankprüfer und korrupte Politiker sorgten dafür, dass das Geschehen jahrelang unentdeckt blieb.

## Kriminalfall

Und als die Klagenfurter Provinzbank, die sich zum bevorzugten Finanzinstitut der Balkan-Mafia gemausert hatte, 2007 in verdächtiger Eile an die Bayerische Landesbank (BayernLB) abgestoßen wurde, schwappte die ganze Affäre auch auf Bayern über. Seither

laufen die Erhebungen zu diesem atemberaubenden Kriminalfall, der weit über den Rahmen eines Finanzskandals hinausgeht, gleich an mehreren Fronten.

## Wer hat profitiert?

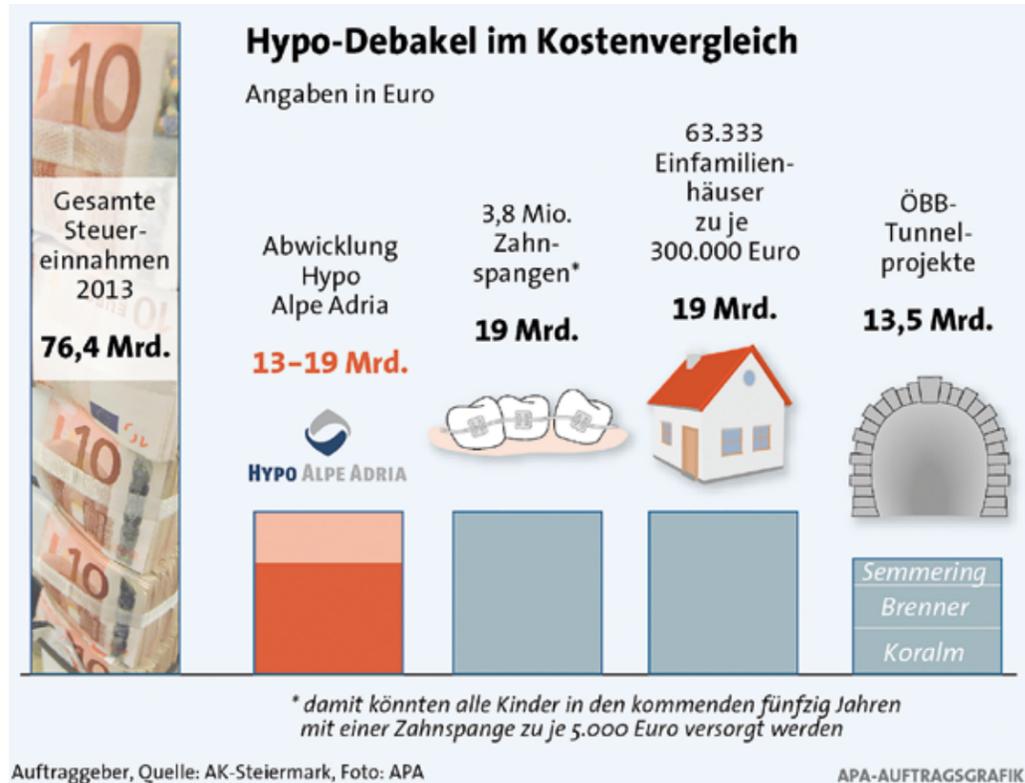
Abgesehen von den österreichischen Behörden versucht zurzeit gerade auch ein Münchner Gericht herauszufinden, wie es im Mai 2007 zu dem undurchsichtigen Verkauf der Kärntner Hypo an die BayernLB kommen konnte, der dem Freistaat zumindest 3,7 Milliarden Euro Verlust bescherte – und wer alles bei dem schummrigen Handel auf Kosten der Steuerzahler profitiert hat. Im Zentrum des Verdachts

steht hier der Vermögensverwalter Tilo Berlin: ein Wahl-Kärntner aus Hannover, der in den österreichischen Aristoclan Goess eingekleidet hat und einer illustren Gruppe aus dem Geldadel zu einem ansehnlichen Geschäft verhalf, indem er für seinen Investorenzirkel kurz vor dem Hypo-Verkauf die Sperrminorität an der Bank erwarb.

## Eine ganze Generation zahlt

Und dann gab es auch noch Jörg Haider, der sich schamlos bei seiner großmannsüchtigen Provinzbank bediente, um seine Eskapaden und Prestigeprojekte zu finanzieren: Landesvater und Landesbank – beide waren dem Wahn verfallen, in der jeweiligen Champions League ihrer Metiers ganz vorne mit dabei zu sein. Die Folgen bezahlt jetzt eine ganze Generation.

Richard Schneider



Voll Vital

Ernährungstipps von Dr. Michaela Felbinger

## Der Diät-„Schmäh“

Im Frühling sprießen Krokusse und Diäten. Aber die Wunderdiät gibt es nicht. Es ist Gaukelei, die da eine schlanke Welt hinzaubern will. Einzig Sie selbst können sich helfen.

### Warum Übergewicht

Übergewicht ist Folge eines Ungleichgewichtes zwischen Energiezufuhr und Energieverbrauch. Das Zuviel an Energie wird zu körpereigenem Fett umgewandelt und in Fettzellen gespeichert. Die Waage schlägt aus.

Maßgeblich für unseren Energiebedarf sind Grundumsatz und Leistungsumsatz. Der Grundumsatz ist die Energiemenge, die zur Aufrechterhaltung lebensnotwendiger Körperfunktionen wie der Herzaktivität und Körpertemperatur erforderlich ist. Er ist von Faktoren wie Geschlecht oder Alter abhängig und kann überblicksmäßig berechnet oder exakter durch Messung mittels Impedanzanalyse bestimmt werden. Ein hoher Muskelanteil erhöht den Grundumsatz. Beim schnellen Abnehmen wird die Kalorienmenge zu sehr reduziert. Nicht nur Fett, sondern auch Muskulatur schwindet. Der Grundumsatz wird reduziert. Isst man mehr, nimmt man wieder schnell zu. Viel zu wenig Kalorien – einer der fatalen Fehler vieler Diäten. Einfluss auf den Leistungsumsatz hat jede Art von körperlicher Aktivität. Je mehr Bewegung, desto mehr Kalorien kann man zuführen. Aber Achtung: Um die Kalorien von einem Wiener Schnitzel zu ver-

brauchen, muss man immerhin ca. 80 Minuten Rad fahren!

### Reduzieren braucht Zeit

Ein Kilogramm Körperfett entspricht der Energiemenge von ca. 7.000 kcal. Um 1 kg Körperfett abzunehmen, müssen also 7.000 kcal eingespart werden. Der Grundumsatz muss beim Einsparen beachtet werden.

### Nicht nichts essen

• Essen Sie nicht jeden Tag die gleiche Kalorienmenge. Der Körper passt sich an und schaltet schneller auf Sparflamme. Wichtig ist, dass die durchschnittliche Zufuhr pro Woche stimmt.  
• Essen Sie regelmäßig, um Heißhungerattacken vorzubeugen.

• Weniger Energie – mehr Volumen: Achten Sie auf den Kaloriengehalt von Lebensmitteln. Lesen Sie die Nährstoffangaben auf den Verpackungen.  
• Achten Sie auf Ihre Fettaufnahme. Greifen Sie zu „gesunden“ Ölen. Übrigens: Die Gesamtfettaufnahme pro Tag sollte 40 Gramm nicht überschreiten.  
• Greifen Sie zu wertvollen Kohlenhydraten bevorzugt als Vollkorn. Kohlenhydrate sind wichtige Sattmacher und beugen Heißhungerattacken vor.



Syda Productions - Fotolia

Als Faustregel gilt: 1.200 kcal nicht unterschreiten, um dem Muskelabbau entgegenzuwirken.

Gesundes Abnehmen bedeutet eine moderate Gewichtsabnahme von ca. 0,5 bis 1 kg pro Woche. Das gelingt, wenn man täglich ca. 500 kcal weniger isst, als man tatsächlich braucht.

Übrigens: In den ersten Tagen nimmt man automatisch etwas mehr ab: Kohlenhydratspeicher werden geleert und Wasser ausgeschieden. Danach ist dann Durchhalten gefragt.

• Füllen Sie den Kühlschrank mit Gemüse, Obst und fettarmen Milchprodukten.  
• Trinken Sie während der Gewichtsreduktion regelmäßig Wasser, Mineralwasser, Tee. Verzicht auf Alkohol.

• Ernähren Sie sich auch beim Abnehmen ausgewogen.  
• Bewegung lässt die Kilos purzeln.

E-Mail: M.Felbinger@mozartpraxis.at



## Feierabend

Günter Eichberger

Der Faschingsumzug wird vom Streitwagen der Gilde für Fleiß und Industrie angeführt, deren Prinzregent die Peitsche schwingt und sie elegant auf aneinandergekettete Fließbandarbeiter niedersausen lässt. Dazu bellt er: „Hunde, wollt ihr vielleicht nicht ewig schuffen?“ Dann hält er eine von seinen Gildennarren heftig akklamierte Brandrede über Wert und Würde der Arbeit. „Nicht im besinnungslosen

## FASCHINGSMÜHE

Vergnügen liegt die Würze des Lebens, sondern im Schweiß, der heiß von der Stirn des Werktätigen tropft. Wer einmal mit dem Arbeiten angefangen hat, soll nicht damit aufhören. Von der Wiege in die Grube, von der Grube auf die Bahre, heißt der vorbestimmte Lebensweg. Nehmt euch ein Beispiel an mir. Ich arbeite, weil es mir Spaß macht. Euch anzufeuern, ist meine vornehmste Pflicht. Wir sitzen ja alle im selben Faschingswagen. Geht es der Wirtschaft gut, geht es allen gut. Und manchen eben besser. Was ihr Geringsten macht, bringt mir den größten Gewinn. Euer Wert ist mein Mehrwert, eure Würde liegt in meiner Hand. Denn im Grunde sind Herr und Knecht verwandt. Ohne euch müsste ich ja selber in die Räder greifen. Und anschaffen kann ich besser als schaffen. Jeder auf dem ihm angestammten Platz. Auf dieser Welt ist alles zum Besten bestellt.“

# Riesige Unterschiede

**Risiko-Ablebensversicherungen** sind nicht nur zur Besicherung von Krediten sinnvoll. Durch Produktvergleiche und jährliche Einzahlung lässt sich viel sparen.



Für gefährliche Hobbys und Berufe mit erhöhtem Todesfallrisiko verlangen einige Versicherer Zuschläge zur Prämie. (Foto: VKI)

**Für wen wichtig?** Die Kinder sind noch klein oder stecken mitten in der Ausbildung. Der Partner hat ein geringes Einkommen und könnte sich die Miete der Wohnung allein praktisch nicht leisten. Der Kredit fürs Haus läuft noch auf Jahre hinaus – es gibt verschiedene Szenarien, die (Fast-)Alleinvertidern schlaflose Nächte bereiten, weil sie ihren Partner und weitere Angehörige im Fall ihres Todes unversorgt wähen. Durch eine (Risiko-)Ablebensversicherung lässt sich zumindest die finanzielle Seite abfedern.

**Die besten Angebote.** Bei völlig gleichen Voraussetzungen zahlen Sie bei einem teuren Anbieter drei- bis viermal so viel wie beim günstigsten. Über alle Altersgruppen hinweg sind Europa, Interrisk

und Dialog am günstigsten. **Jahresprämien vereinbaren!** Auch wenn mehrere Hundert Euro Prämie auf einen Schlag viel aussehen, ersparen Sie sich damit jede Menge Geld. **Die günstigsten Prämien.** Die gibt es für jüngere Leute, Nichtraucher, bei bester Gesundheit, gefahrlosem Job, ungefährlichen Hobbys und bei jährlicher Prämienzahlung. Teuer wird es mit steigendem Alter, bei angeschlagener Gesundheit, riskantem Beruf und Hobby, für Raucher und

bei monatlicher Zahlung. **Zusatzrisiken.** Bei den meisten zahlen Raucher gut das Doppelte an Prämie, im Fall der Basler Versicherung sogar noch mehr: Ein 30-jähriger Raucher müsste dort bei einer Laufzeit von 20 Jahren und einer Versicherungssumme von 100.000 Euro rund 233 Euro pro Jahr zahlen, während er als Nichtraucher mit rund 98 Euro versichert wäre. Bei anderen Anbietern spielt es keine so große Rolle, ob jemand Raucher oder Nichtraucher ist

(bei der Interrisk etwa beträgt die Prämie für ein und denselben Modellversicherten 93,40 Euro, wenn er raucht, 71,70 Euro, wenn er nicht raucht). Die Grazer Wechselseitige wiederum unterscheidet nicht nach Rauchern und Nichtrauchern, sondern nach gesund und weniger gesund.

**Gefährliche Aktivitäten.** Ähnliches gilt für Zusatzrisiken wie gefährlichere Hobbys (Motorradfahren, Drachefliegen, Canyoning u. Ä.) sowie für Berufe mit erhöhtem Todesfallrisiko, wie etwa bei Dachdeckern und Spenglern, Gerüstbauern, Industriekletterern oder auch Skitourenführern und Free-Climbing-Instruktoren.

**Gesundheitszustand.** Bei Vorerkrankungen, die über das gängige Maß hinausgehen, wird es schwierig, einen Vertrag zu bekommen. Bei Versicherungssummen bis zu 150.000 Euro und einem Alter bis zu 50 Jahren reicht es meist, die Gesundheitsfragen im Antrag wahrheitsgemäß zu beantworten.

**Tarif- und Zahlprämie.** Tarifprämie = die vom Versicherer kalkulierte Maximalprämie. Sie liegt 30 bis 150 Prozent über der Zahlprämie. Zahlprämie = der vom Versicherten tatsächlich zu zahlende Beitrag. Bei einem sehr schlechten Risikoverlauf (wenn z. B. aufgrund einer Epidemie deutlich mehr Versicherte als kalkuliert sterben würden) kann die Prämie maximal bis zur Tarifprämie ansteigen. Ein Blick auf die Tarifprämie kann daher nicht schaden. In unseren Vergleichen ist die Zahlprämie angeführt. Die ERGO Versicherung kalkuliert anders, hier sind Tarif- und Zahlprämie gleich hoch. Detaillierte Infos (kostenpflichtig): [www.konsument.at/lebensversicherung201402](http://www.konsument.at/lebensversicherung201402)

# Neue Tarife für Zugreisende

Im Schnitt wurden die ÖBB-Tickets um zwei Prozent teurer, allerdings nicht alle gleich. Die Zahl der Preiskategorien wurde von 61 auf 31 reduziert. Auf kürzeren Strecken kommt es teils zu einer Verbilligung, beispielsweise zwischen Feldbach und Graz (11,40 Euro statt 11,80). Um 50 Cent teurer wird hingegen die Fahrt von Graz nach Wien. Wer innerhalb der Steiermark mit dem Zug fährt, bezahlt jedoch nicht den ÖBB-Tarif, sondern den Tarif des Verkehrsverbundes. So erhalten SeniorInnen auf innersteirischen Fahrten mit ihrer ÖBB-Vorteilscard Senior nur 40 Prozent Ermäßigung, bei Landesgrenzen überschreitenden Strecken 45-50 Prozent. Den halben Preis zahlt dabei, wer den Fahrschein im Internet oder am Automaten kauft; am Schalter gibt es 45 Prozent Ermäßigung.

## Familien fahren anders

Als Berechtigungsnachweis für ein Familienticket gilt im Verkehrsverbund der kostenlose Steirische Familienpass. Mit diesem erhalten Eltern(teile) 40 Prozent Ermäßigung auf 1- bis 24-Stundenkarten; die Kinder reisen bis zum 15. Geburtstag gratis mit. Für Fahrten über die Landesgrenzen kann man die neue ÖBB-Vorteilscard Family um 19 Euro erwerben. Sie gilt nur mehr für einen Erwachsenen, der mit bis zu zwei Kindern (6-14 Jahre) reisen kann. Der Erwachsene erhält 45-50 Prozent Ermäßigung, die zwei Kinder – die nicht die eigenen sein müssen – fahren gratis mit. Für jedes weitere Kind ist neuerdings ein Halbpfeilsticket zu lösen. „Eine deutlich negative Entwicklung, vor allem für finanziell schlechter gestellte Mehrkindfamilien“, urteilt AK-Präsident Josef Pesslerl.

Die Kombination Vorteilscard Classic mit Familienpaket wurde abgeschafft. Wer sowohl alleine als auch im Familienverband ermäßigt reisen möchte, benötigt ab sofort eine Vorteilscard Classic und eine Vorteilscard Family.

## Einfacher für Behinderte

Abgeschafft wurden auch die Vorteilscards für Menschen mit Behinderung: Sie erhalten nun bei den ÖBB ohne extra Ausweis eine 50-Prozent-Ermäßigung. Sie müssen nur ihren Behindertenpass oder Schwerkriegsbeschädigtenausweis vorweisen, sofern ihr Grad der Behinderung mindestens 70 Prozent beträgt oder ihr Ausweis einen Vermerk zur Fahrpreisermäßigung nach Bundesbehindertengesetz enthält. Zu allen Vorteilscards muss in Zukunft übrigens ein Lichtbildausweis vorgezeigt werden.

## Extra Lichtbild für Ausweis

Da auf den neuen ÖBB-Vorteilscards kein Foto mehr ist, haben alle Bahnreisenden zusätzlich zu ihrem Ticket einen Lichtbildausweis mit Altersangabe vorzuzeigen. Besonders empört reagierten die PensionistInnen, deren Vorteilstickets bisher mit Foto versehen waren. Beileibe nicht alle von ihnen besitzen einen Lichtbildausweis oder Führerschein. Und auf dem Pensionistenausweis findet sich zwar eine Altersangabe, aber kein Lichtbild!

Also bleibt noch die Möglichkeit, sich einen Personalausweis anfertigen zu lassen. Kostenpunkt: 61,50 Euro – für Beziehende kleiner Pensionen eine große Ausgabe. Noch teurer ist allerdings das Bahnreisen ohne Lichtbildausweis. Bei sofortiger Bezahlung sind neuerdings 70 Euro zu berappen, bei nachträglicher Zahlung mittels Erlagschein 100. „Mit dieser Bestimmung wurde das Bahnreisen für PensionistInnen unnötig verkompliziert – da muss eine Lösung gefunden werden“, fordert AK-Präsident Josef Pesslerl.

## Testergebnisse Risiko-Ablebensversicherung

bei gleicher Punktezahl Reihung alphabetisch

Versicherer	Tarifbezeichnung	Homepage	Testurteil Erreichte von 100 Prozentpunkten	ENSTIEGSALTER 20		ENSTIEGSALTER 30		ENSTIEGSALTER 40		ENSTIEGSALTER 50	
				Prämie in €		Prämie in €		Prämie in €		Prämie in €	
Europa Lebensversicherung	E-T2 NR	www.europa.de	sehr gut (95)	++	33,20	++	52,15	++	125,05	++	344,72
Interrisk	SR1N (Nettotarif)	www.interrisk.de	sehr gut (87)	+	54,70	++	71,70	++	142,60	++	357,30
Dialog Lebensversicherung	RISK-vario	www.dialog-leben.de	sehr gut (81)	+	56,49	++	78,63	++	170,63	++	476,48
Basler	TTPL	www.basler.at	gut (73)	+	67,31	+	98,25	+	214,42	+	501,39
Raiffeisen Versicherung	RV 875	www.raiffeisen-versicherung.at	gut (72)	+	70,72	+	97,76	+	210,08	+	538,72
Uniqa	1272 EUR plus	www.uniqa.at	gut (72)	+	70,72	+	97,76	+	210,08	+	538,72
Vorarlberger Landesvers.	L240	www.vlv.at	gut (72)	+	63,72	+	89,19	++	187,71	+	658,46
Donau	R2B	www.donauversicherung.at	gut (69)	+	70,40	+	98,30	+	226,40	+	604,30
ÖO-Versicherung	0101/12/0	www.keinesorgen.at	gut (69)	+	71,36	+	103,73	+	228,91	+	559,99
Wiener Städtische	YGX	www.wienerstaedtsche.at	gut (69)	+	70,40	+	98,30	+	226,40	+	604,30
Allianz	18MLN	www.allianz.at	gut (68)	o	80,70	+	101,02	+	219,58	+	547,61
Generali	RISK Control (U-SB)	www.generali.at	gut (68)	o	79,83	+	110,67	+	203,21	+	540,22
ERGO	RISK <sup>1</sup>	www.ergo-austria.at	gut (67)	o	82,34	+	110,72	+	227,85	+	520,19
Grazer Wechselseitige	RA1D	www.grawe.at	gut (67)	o	79,04	o	116,48	+	232,96	++	490,88
Hypo Versicherung	RGD	www.hypo-versicherung.at	gut (67)	o	79,04	o	116,48	+	232,96	++	490,88
Helvetia	Clever Protect	www.helvetia.at	gut (66)	o	80,54	+	104,50	+	225,00	+	620,50
Wüstenrot	T183/13P	www.wuestenrot.at	gut (66)	o	84,16	o	113,86	+	227,01	+	524,04
S-Versicherung	sAblebens-Schutz	www.s-versicherung.at	durchschnittlich (57)	o	96,24	o	131,76	+	257,28	+	609,00
Kärntner Landesvers.	PA45	www.klv.at	wen. zufriedenst. (29)	o	91,25	o	142,48	-	432,64	-	2)
HDI	Risikoversicherung	www.hdi-leben.at	wen. zufriedenst. (25)	-	122,04	-	177,72	-	408,00	-	1074,28

Zeichenerklärung: <sup>1</sup>) Tarifprämie entspricht der Zahlprämie (siehe Kasten) <sup>2</sup>) wird nicht angeboten  
 Beurteilungsnoten: sehr gut (++)+, gut (+), durchschnittlich (o), weniger zufriedenstellend (-), nicht zufriedenstellend (--)  
 Prozentangaben = Anteil am Endurteil Erhebung: November 2013

# Jobticket ist zuwenig bekannt

Nur gut die Hälfte der Befragten kennt das Jobticket. Am meisten Interesse gibt es in größeren Unternehmen.

Eine Studie im Auftrag der steirischen AK zeigt, dass das Jobticket noch viel zu unbekannt ist. Befragt wurden 328 Firmenverantwortliche und BetriebsrätInnen aus steirischen Unternehmen mit mindestens 20 MitarbeiterInnen. Nur 56 Prozent der Befragten wussten über die Möglichkeit des Jobtickets Bescheid. Seit Jänner 2013 können Unternehmen ihren MitarbeiterInnen eine nicht übertragbare Zonenkarte für die Fahrt zwischen Wohnung

und Arbeitsstätte zur Verfügung stellen, ohne dass dies als steuerpflichtiger Sachbezug gilt. Die Vorteile des Jobtickets bestehen darin, dass mehr Wegstrecken umweltfreundlich zurückgelegt sowie Staus und Parkraumnot um die Betriebsstätten vermieden werden.

## Selbst aktiv werden

Ein Drittel der Unternehmen und mehr als die Hälfte der BetriebsrätInnen zeigte Interesse am Jobticket. Befragte in Großbetrieben mit mehr als 250 MitarbeiterInnen waren besonders interessiert. Außerdem steigt das Interesse an der Einführung des

Jobtickets in Betrieben, in denen die Arbeitszeit flexibel geregelt ist und die bereits gut an öffentliche Verkehrsmittel angebunden sind.

Aktuell genutzt wird das Jobticket erst in neun Prozent der befragten Betriebe. An Standorten im Grazer Stadtgebiet sind es immerhin 14 Prozent. In gut der Hälfte der Unternehmen wird das Jobticket zur Gänze vom Arbeitgeber finanziert; ansonsten gibt es Teilbeträge dafür.

„Die AK setzt sich daher für eine verstärkte Werbung für das Jobticket ein, aber auch für eine vereinfachte Abwicklung“, betont AK-Experte Franz Fromm.



Der Umstieg auf Öffis mittels Jobticket lässt zu wünschen übrig. (Gundmann - Fotolia)

# Mit Belästigung offensiv umgehen

**Geschlechtsbezogene und sexuelle** Belästigung ist verboten. Doch oft schweigen die Opfer aus Scham. KollegInnen, BetriebsrätInnen – wir alle – können helfen.



Die Grazer Vizebürgermeisterin Dr. Martina Schröck, AK-Präsident Josef Pessler, Mag. Bernadette Pöchheim und AK-Direktor Dr. Wolfgang Bartosch plädierten für ein offensives Umgehen mit Fällen sexueller Belästigung. (Fotostudio 44)

Ein Video zum Thema sehen Sie per QR-Code rechts



## Atlas zur Kinderbetreuung

**Ab sofort kann man das Angebot** an Kinderbetreuung in allen steirischen Gemeinden auf einen Blick erfassen – mit dem neuen AK-Kinderbetreuungsatlas.

Kinder brauchen Liebe, Verständnis und Freiräume. Ihre Eltern brauchen, wenn sie berufstätig sind, Orte, an denen ihr Kind sich während der Arbeitszeit wohlfühlt, gefördert wird und sich austoben kann. In manchen steirischen Gemeinden passen Angebot und Nachfrage schon ganz gut zusammen, andere haben in puncto Kinderbetreuung noch Nachholbedarf.

Wo Fülle herrscht und wo Mangel, wird jetzt offenkundig: Mit dem neuen Kinderbetreuungsatlas, den die Kinderdrehscheibe im Auftrag der AK erstellt, ist die steirische Situation leicht zu überblicken. „Der Kinderbetreuungsatlas enthält einerseits eine Landkarte, auf der der Versorgungsgrad der einzelnen Gemeinden ersichtlich ist, und andererseits eine Begleitbroschüre mit Erläuterungen“, erklärt AK-Gleichstellungsreferentin Mag. Bernadette

Pöchheim. Im Atlas werden die Angebote nach Gemeinde und Alter der Kinder – Kleinkind bis drei, Kindergartenkind bis sechs und Schulkind – aufgeschlüsselt. Die bereits beschlossenen Gemeindefusionen sind berücksichtigt. Im Gegensatz zum oberösterreichischen Kinderbetreuungsatlas werden in der Steiermark auch die Tagesmütter erfasst. Die Angaben für die Krippen, Kindergärten und Co enthalten auch Informationen über Öffnungszeiten und Ferienregelungen.

### Eltern bewirken viel

„Einerseits können mit dem Kinderbetreuungsatlas Familien Informationen einholen, andererseits soll er als Planungsgrundlage für Trägerorganisationen und für die Politik dienen. Damit in puncto Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch etwas weitergeht, werden wir den Atlas alljähr-

lich aktualisieren“, verspricht Pöchheim.

Kinderbetreuung ist übrigens Gemeindeangelegenheit, daher sollten Familien, die an ihrem Wohnort keinen passenden Betreuungsplatz finden, auf jeden Fall Kontakt zuden BürgermeisterInnen aufnehmen. Mit Hilfe einer Tagesmutter kann möglicherweise relativ unkompliziert im Halbtagskindergarten eine Ganztagesbetreuung umgesetzt werden. Eine alterserweiterte Gruppe kann für kleine Gemeinden die Lösung sein, wenn sowohl Klein- als auch Kindergartenkinder einen Platz suchen.

Informationen über alle Möglichkeiten, auch in kleineren Gemeinden bedarfsorientierte Kinderbetreuung zu organisieren, erhalten Eltern in der Kinderdrehscheibe (Brandhofgasse 13 in Graz, Tel.: 0316-37 40 44, kinderdrehscheibe@stmk.volkshilfe.at).

Anzügliche Bemerkungen, Nacktfotos in der Werkshalle, unsittliche Berührungen – sexuelle Belästigung hat viele unschöne Gesichter. Doch oft werden unpassende Verhaltensweisen, meist von Männern gegenüber Frauen, als Kavaliersdelikt abgetan. Die Frauen schweigen, weil sie sich schämen und weil sie weitere Unannehmlichkeiten befürchten.

„Sexuelle Belästigung ist ein Thema, mit dem wir offen und offensiv umgehen müssen“, forderte AK-Präsident Josef Pessler bei einer Veranstaltung zum Thema. Die AK und Stadt Graz hatten gemeinsam zu einem Informationstag für BetriebsrätInnen und andere Interessierte geladen. Die Grazer Vizebürgermeisterin Dr. Martina Schröck erläuterte sehr plausibel, wie ein Flirt am Arbeitsplatz von sexueller Belästigung zu unterscheiden sei: „Zu einem Flirt gehören zwei Personen, belästigt wird immer nur eine.“ Diese Unterscheidung muss fast jede Frau in ihrem Leben treffen. „Vier von fünf Arbeitnehmerinnen machen

einmal in ihrem Berufsleben Erfahrung mit anzüglichen Bemerkungen, unpassenden Witzen, taxierenden Blicken oder unsittlichen Berührungen“, weiß AK-Expertin Mag. Bernadette Pöchheim aus der Praxis zu berichten. Leider wehren sich viele Frauen erst, wenn das Arbeitsverhältnis bereits gelöst wurde.

Frauen befürchten auch immer wieder, noch mehr diffamiert zu werden, wenn sie über die unangenehmen Vorfälle sprechen.

### ZAK zitat

„Zum Flirt gehören zwei, belästigt wird immer nur eine.“

Dr. Martina Schröck

„Eine einzelne Frau, die sich wehrt, wird schnell als Zicke abgestempelt. Daher ist es so wichtig, dass Unternehmen bereits präventiv tätig werden und für ihren Betrieb klare Verhaltensregeln definieren“, betont Pöchheim. Ing. Peter Bacun, Betriebsratsvorsitzender bei Böhler, erzählte, dass in seinem Unternehmen Nacktfotos generell verboten seien, sowohl als Bildschirmschoner als auch im persönlichen Spind.

### Jede/r kann helfen

Was als Grenzverletzung empfunden wird, ist für jeden Menschen anders. Der Gesetzgeber definiert sexuelle Belästigung als ein der sexuellen Sphäre zugehöriges Verhalten, das von der Adressatin (oder dem Adressaten) unerwünscht ist, deren Würde verletzt und ein feindseliges Arbeitsklima schafft. Mithelfen kann jede/r, dass derartige Verhalten aus der Unternehmenskultur verbannt wird: KollegInnen, die nicht wegschauen, BetriebsrätInnen, die als Vertrauenspersonen vermitteln und nicht zuletzt die Unternehmensführung. „Auch der

Arbeitgeber haftet, wenn er seine Mitarbeiterinnen nicht ausreichend geschützt hat“, erklärte Rechtsanwältin Mag. Doris Braun, die bereits einige steirische AK-Mitglieder erfolgreich vor Gericht vertreten hat. „Daher muss der Arbeitgeber auch immer über die Vorfälle informiert werden.“

Gesetzliche Verbesserungen für die Opfer gab es erst kürzlich: Mit August 2013 wurde der Mindestschadenersatz für sexuelle Belästigung auf 1.000 Euro erhöht und die Frist, innerhalb derer die Fälle zur Anzeige gebracht werden müssen, auf drei Jahre ausgeweitet.

Ursula Jungmeier-Scholz

## Zu niedrig eingestuft

**Für eine junge Technikerin** hat die AK eine beträchtliche Lohnnachzahlung ausverhandelt – leider erst, nachdem das Arbeitsverhältnis gelöst worden war.

Die Forderung nach gleicher Entlohnung für Frauen wie Männer ist viele Jahrzehnte alt. Leider hat sie noch nichts an Aktualität verloren. Diese Erfahrung musste auch eine junge obersteirische Technikerin machen. Nach eineinhalb Jahren in einem männerdominierten Betrieb wurde sie Opfer des gerade stattfindenden Personalabbaus.

Als es nicht mehr darum ging, um jeden Preis den Job zu erhalten, wagte sie es endlich, sich an die AK zu wenden. Nicht wegen der Kündigung, sondern wegen der ungerechten Entlohnung. Männer mit ähnlichen Tätigkeiten im Unternehmen hatten viel mehr verdient. Letztlich konnte durch Intervention des AK-

### ZAK info

#### Beim Witz beginnt's

- Auch anzügliche Witze fallen unter sexuelle Belästigung. Wird in einem Unternehmen schnell geklärt, dass unpassende Bemerkungen unerwünscht sind, wird keine Frau deswegen vor Gericht gehen.
- Geahndet werden können auch geschlechtsbezogene abwertende Bemerkungen. „Das ist keine Arbeit für Frauen!“ dürfen Männer ebenso wenig sagen wie „Typisch Frau. Die haben eben kein räumliches Vorstellungsvermögen.“
- Der gesetzliche Schutz betrifft auch den Alltag, wie die Inanspruchnahme einer Dienstleistung. So dürfen Fahrlehrer ihre Schützlinge ebenso wenig unsittlich berühren oder durch anzügliche Reden verletzen wie Angestellte in Fitnessstudios die Figur ihrer KundInnen kommentieren dürfen.
- Frau selber schuld? Knappe Miniröcke, freizügige Tops sind

zwar im Berufsleben unpassende Kleidungsstücke, aber noch lange keine Rechtfertigung dafür, eine Frau zu belästigen. Auch MitarbeiterInnen in der Gastronomie müssen keine Grenzverletzungen hinnehmen, „weil das in dieser Branche eben so üblich ist“. Keine Arbeitnehmerin muss Derartiges dulden; auch keine Bardame in einem Bordell.

- Ist in der Liebe nicht alles erlaubt? Um Liebe und Erotik geht es bei sexueller Belästigung gar nicht, sondern um Macht. Daher werden oft Menschen in schwachen Positionen belästigt: Lehrlinge, Praktikantinnen, Mitarbeiterinnen von ihren Vorgesetzten. Die Täter kommen aus allen Schichten – vom Hilfsarbeiter bis zum Universitätsprofessor.
- Belästigte sollen sich jemandem anvertrauen: am besten einer Betriebsrätin, aber auch Vorgesetzten. Weiters empfiehlt es sich, eine Rechtsberatung in Anspruch zu nehmen.

#### Vorgesetzte ansprechen

„Leider ist es sehr häufig, dass Lohndiskriminierung erst im Zuge der Auflösung eines Arbeitsverhältnisses aufgezeigt wird“, erzählt Mag. Birgit Klöckl vom AK-Gleichstellungsreferat aus ihrer Beratungserfahrung. Oft ist die Einkommensdiskriminierung auch nur schwer nachzuweisen: Frauen werden häufig zu niedrig eingestuft, niedriger als es ihrer Ausbildung und

Berufserfahrung entspricht. Nicht selten fehlt im Unternehmen auch eine direkte Vergleichsperson, die dieselbe Tätigkeit ausübt – da hilft auch die Einsicht in den Einkommensbericht nicht weiter. Teilzeitbeschäftigten werden zudem oft bestimmte Zulagen vorenthalten. Theoretisch betrifft das Männer gleich, nur dass es eben sehr viel weniger teilzeitbeschäftigte Männer gibt. Betroffenen Frauen rät die Expertin: „Informationen sammeln, mit dem Betriebsrat sprechen, Einkommensbericht einsehen. Wenn sich der Verdacht auf Lohndiskriminierung erhärtet, sollte man die Vorgesetzten direkt – aber sachlich! – darauf ansprechen.“

## ZAK AUF ZACK

## DAS SAGEN EXPERTEN

## 3 Fragen, 3 Antworten

- Was kann ich bei einem abweichenden Ergebnis des Pendlerrechners tun?
- Zuverdienst und Kinderbetreuungsgeld – was hat sich mit 2014 geändert?
- Muss ich im Krankenstand für den Chef erreichbar sein?



Dr. Bernhard Koller  
AK-Steuerexperte  
**Pendlerrechner – was nun?**



Mag. Birgit Klöckl  
AK-Frauenreferat  
**Rumpfmomente zählen nicht**



Dr. Wolfgang Nagelschmied  
AK-Arbeitsrecht  
**Teilweise krank oder arbeitsfähig?**

Das Ergebnis des Pendlerrechners ist für das Finanzamt rechtsverbindlich. Sollte man jedoch zu einem anderen Ergebnis kommen, kann man den Gegenbeweis antreten. Überprüfungen des Rechners ergaben, dass er sehr oft zu einem nachteiligen Ergebnis für PendlerInnen kommt. So werden Sack- oder Einbahnstraßen, Feld- oder Agrarwege berücksichtig,

die verkehrstechnisch nicht nutzbar sind. Ebenso sind die tatsächlichen Wege zum nächsten Bahnhof vernünftiger als kilometerlange Strecken mit dem privaten Pkw. Es empfiehlt sich daher, bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung das Ergebnis der eigenen Berechnung einzutragen. Sollte die Finanz diesem Antrag nicht stattgeben, wird eine Berufung empfohlen.

Mit Jahresbeginn wurde die Problematik des Dazuverdienens während des Kinderbetreuungsgeld-Bezugs etwas entschärft: Ab sofort werden nur mehr jene Monate zur Berechnung herangezogen, in denen durchgehend Kinderbetreuungsgeld bezogen wurde. Die „Rumpfmomente“, beispielsweise der März, wenn der Bezug erst mit 8. März beginnt oder am 17.

endet, werden nicht mehr berücksichtigt. Für Beziehende des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes wurde die Jahres-Zuverdienstgrenze von 6.200 auf 6.400 Euro angehoben. Bei den Pauschalvarianten bleiben die beiden möglichen Grenzen wie bisher: entweder maximal 16.200 Euro pro Jahr oder 60 Prozent des Einkommens vor dem Kindergeldbezug.

Das OGH-Urteil zum Thema Erreichbarkeit im Krankenstand hat kürzlich überflüssige Auslegungsprobleme aufgeworfen. Im Krankenstand (oder in der Freizeit sowie im Urlaub) kann der Arbeitgeber grundsätzlich nicht auf Beschäftigte zugreifen. Der Kranke muss bloß einzig und allein alles unternehmen, um schnell wieder gesund zu werden. Eine Teilarbeitsfähigkeit kennt

das österreichische Arbeitsrecht nicht. Die Entscheidung, ob ein Arbeitnehmer krank oder arbeitsfähig ist, trifft ein Arzt. Daher ist es unnötig, wenn Arbeitgeber Mitarbeiterinnen im Krankenstand in beruflichen Angelegenheiten kontaktieren. Stress kann einem Heilungsverlauf abträglich sein. Dienstliche Telefonate im Krankenstand sollten daher die Ausnahme bleiben.

## Einstein &amp; Einfalt

## Ein satirisches Doppel

VON  
Berndt Heidorn



**Müller:** Lei Lei, Huber! Wie hamma den Fasching überstanden?

**Huber:** Hörens mir bloß mit dem Fasching auf, Müller. Der kann mir gestohlen bleiben.

**Müller:** Na sagens einmal, Huber. Denkens allein an den Villacher Fasching.

**Huber:** An genau den denk ich ja. Jedes Jahr dieselben öden Schmä.

**Müller:** Und wie erklären Sie sich dann die konstant hohen Einschaltquoten am Faschingdienstag?

**Huber:** Mit dem sonstigen Fernsehprogramm.

**Müller:** Huber, Sie sind mieselsüchtig. Haben Sie sich wenigstens den Opernball angeschaut?

**Huber:** Ich bitt' Sie. Einen Event, bei dem schon der Höhepunkt ist, dass der Lugner irgendeine Schicksn in seine Loge setzt?

**Müller:** Von wegen Schicksn. Die Frau Kardashian ist ein weltberühmtes IT-Girl.

**Huber:** Informationstechnologie?

**Müller:** Ihre Schmä waren auch schon einmal besser, Huber. Ein IT-Girl ist ein IT-Girl, weil es „IT“ hat.

**Huber:** Und was bitte ist „IT“?

**Müller:** Na das gewisse Etwas, das sie auch für andere Menschen interessant macht, wie die Paris Hilton. Jedenfalls für solche, die sich gern Society-Sendungen anschauen.

**Huber:** Also nicht für mich. Aber es hätt' eh noch schlimmer kommen können, wenn der Lugner seinen gesamten Streichelzoo mitgehört hätt: Maudi, Bambi, Katzi, Kolibri ...

**Müller:** Aber Sie können doch den Opernball nicht auf den Lugner reduzieren. Die schönen Roben, alles Walzer, die Polonaise ...

**Huber:** Die peinlichen Interviews ...

**Müller:** Sie sind ein hoffnungsloser Fall, Huber. Warena denn selber bei einem Gschnas?

**Huber:** Ja eh, beim Hausball in meinem Stammbeisl.

**Müller:** Als was sinds denn gegangen?

**Huber:** Als KHG. War aber auch nicht lustig: Alle habens mir den ausgestrecktn Mittelfinger zeigt und dauernd nur von Buwog und Liechtenstein gredet.

**Müller:** Naja, war halt eine eher unglückliche Maskenwahl. Gibt's denn gar nichts, was Ihnen am Fasching gefallen hat?

**Huber:** Wenn ich scharf nachdenk, der Akademikerball war schon interessant.

**Müller:** Was hat denn der mit Fasching zu tun?

**Huber:** Draußen die Vermummten, drinnen die Verkleideten ...

**Müller:** Wie kommen Sie auf verkleidet?

**Huber:** Na hörens: Da sind ganz viele herumgrennt mit

so einem bunten Kapperl und einer Maske, auf der so Striemen zu sehen waren.

**Müller:** Sie sind aber echt auf der Einbrennsuppn daher-gschwommen, oder, Huber? Das sind deutsche Burschenschaftler, das Kapperl gehört zu denen ihrer Uniform, und die tragen keine Maske, sondern Schmissee im Gesicht.

**Huber:** Schmissee?

**Müller:** Ja, so nennt man die Schnitte im Gesicht, die sie sich beim Fechten, der sogenannten Mensur, gegenseitig zufügen.

**Huber:** Freiwillig?

**Müller:** Was heißt freiwillig? Das gehört bei denen zur Tradition.

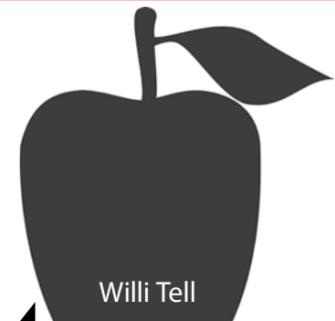
**Huber:** Dass sie sich das Gesicht aufschlitzen lassen?

**Müller:** Genau.

**Huber:** Da wird mir der Fasching gleich wieder sympathischer.

**Müller:** Wie das?

**Huber:** Weil ich kann spätestens am Faschingdienstag zu Mitternacht die Maske wieder abnehmen ...



Willi Tell

Vor Jahren machte ich in der Firma, wo ich damals werkte und würgte, ein Experiment. Oft standen Kollegen vor dem Kaffeeautomaten und hatten gerade kein Kleingeld zur Hand. Aber Lust auf Koffein. Also hängte ich dort einen Klebestreifen auf, mit gut einem Dutzend darauf gepickten Münzen. Ich schrieb dazu: „Im Notfall zur freien Entnahme.“ Erstens wollte ich dem Nachbar in Not helfen, zweitens zur heiteren Stimmung beitragen und drittens natürlich prüfen, wie viele der entnommenen Münzen später ersetzt würden. Meine Überzeugung war:

## Mein Notfall

Wem einmal geholfen wurde, der wird sich dafür selbstverständlich revanchieren oder eher darüber hinausgehen und sogar etwas mehr Hartgeld draufpicken. Und? Nach einer Woche waren alle Münzen weg – keine einzige war ersetzt worden. Und nach einer weiteren Woche verschwand auch der Klebestreifen, diese Fahne der Schande. Mein simpler Feldversuch widerspricht also den Ergebnissen der Wissenschaft, wonach der Mensch grundsätzlich solidarisch sei. Meine damaligen Kollegen gehörten nicht zu dieser Spezies. Und für dieses wissenschaftliche Experiment habe ich keine Forschungsgelder erhalten, ich habe es aus eigener Tasche finanziert. Das auch noch. Wieso lebe ich trotz der tragischen Erfahrung noch immer in der Überzeugung, der Mensch sei hilfreich und gut? Bin ich somit eher Esel als Mensch?

ANREGUNGEN,  
LOB & KRITIK

## LESERFORUM



Schreiben Sie an ZAK-Redaktion  
Hans-Resel-Gasse 8–14, 8020 Graz  
E-Mail: redaktion@akstmk.at

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe nicht oder gekürzt zu veröffentlichen.

## Streit um Kopftuch

Die Wahl des Fotos zum Artikel „Migration in der Grünen Mark“ zeigt, wie weit entfernt die ZAK von der Realität der Arbeitswelt von MigrantInnen und Musliminnen ist. Es ist eine Gemeinheit, dass Sie eine Frau mit Kopftuch platzieren und im Artikel kein einziges Wort über die schwierige Situation kopftuchtragender Musliminnen in der Arbeitswelt verlieren. Mit diesem Foto reduzieren Sie Musliminnen auf das Objekt für einen Blickfang, der kulturelle Fremdheit, Klischees, Vorurteile und Distanz zur Arbeitswelt suggeriert.

Helga Suleiman, SOMM Graz

## Danke für das Buch

Ich möchte mich bei Ihnen für das Buch „Migration und Arbeit in der Steiermark“ ganz herzlich bedanken. Danke für die schnelle Zusendung. Eszter Ekbauer, Graz

## AKademiker-Förderung

Vielen lieben Dank für das Foto und die wirklich schöne und feierliche Veranstaltung. Ich habe mich sehr gefreut, unter den PreisträgerInnen zu sein, und finde es großartig, dass die AK

so großzügige Förderungen vergibt. Gerda Tischler, Graz

## Wetterkapriolen

Sollten uns Wetterkapriolen verwundern? Eigentlich nicht, da ja im Jahr 2012 Kraftwerke, Fabriken, Landwirtschaft, Motoren, Heiz- und Kühlanlagen mehr als 34 Milliarden Tonnen Kohlendioxid in die Luft bliesen. Das ist neuer Weltrekord und um mehr als 50 Prozent über dem Niveau von 1990.

Bei weiter steigendem Kohlendioxid-Ausstoß könnten sich die jährlichen Kosten für klimabe-

dingte Schäden auf bis zu 20 Prozent des weltweiten Brutto-sozialproduktes belaufen, befürchten viele Experten. Dies würde zur Verarmung von großen Teilen der Bevölkerung und zu schrecklichem Leid führen.

Ing. Harald Schober, Weiz

## Große Hilfe

Vielen herzlichen Dank für die Zuerkennung der Studienbeihilfe für meinen Sohn Konrad – ist eine große Hilfe fürs Studium. Ich wünsche Ihnen ein glückliches Jahr 2014!

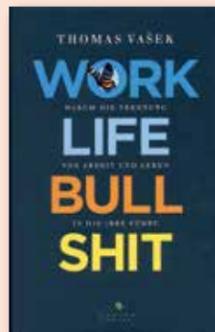
Karl Deubler, online



Foto: Ali Schafner/picturedesk.com

FRISCH  
GEPRESST

AUS DER AK-BIBLIOTHEK

Thomas Vasek: **Work Life Bullshit.**

Warum die Trennung von Arbeit und Leben in die Irre führt. Riemann 2013, 285 Seiten.

Arbeit ist schlecht, sie macht krank und hindert uns daran, unser wahres Selbst zu entfalten. Das gute, das wahre Leben findet außerhalb der Arbeit statt. Der Philosoph Thomas Vasek geht einen anderen Weg. Er versucht darzulegen, warum dieser Ansatz falsch ist, wieso vielmehr Arbeitszeit als Lebenszeit begriffen werden sollte. Nicht die Sehnsucht nach mehr Freizeit, sondern nach sinnerfüllter Arbeit sollte im Vordergrund des menschlichen Denkens stehen. Philosophisch schlüssig nachgewiesen, geht das Buch doch etwas an der Realität vorbei.

Edwin Haberfellner: **Grazer Verschwörung.**  
Kriminalroman. Emons 2013, 246 Seiten.

Der Münchner Hauptkommissar Michael Schröck ermittelt für den deutschen Bundesnachrichtendienst gegen die georgische Mafia. Eine Spur führt ihn nach Graz. Nix mit Beschaulichkeit in der Landeshauptstadt, die Stadt ist offensichtlich randvoll mit korrupten Wissenschaftlern, machthung-

rigen Mafiabossen und gelangweilten Ehefrauen. Dazu immer wieder mal eine Leiche – wie das halt so ist bei uns.

Marga Swoboda: **Tag für Tag.**

Kolumnen, Reportagen, Persönliches. Amalthea 2011, 270 Seiten.

Im November 2013 starb Marga Swoboda, eine der bekanntesten österreichischen Journalistinnen. Über 8.000 Beiträge wurden von ihr in mehr als 30 Jahren verfasst. Dieser Band enthält eine kleine Auswahl davon. Von der Euro-Einführung und dem toten Papst bis zu Helmut Zilk und Robbie Williams spannt sich der Bogen. So wurde dieses Buch zu ihrem Vermächtnis.

Bernard Cornwell: **1356.**

Historischer Roman. Wunderlich 2013, 573 Seiten.

Eine Gruppe von englischen Söldnern hat mitten im Hundertjährigen Krieg einen ganz besonderen Auftrag tief im französischen Feindesland auszuführen. Sie sollen im Auftrag des englischen Königs das legendäre Petruschwert finden. Einer alten Legende nach soll es demjenigen, der es besitzt, den sicheren Sieg beschern. Doch sie sind nicht die einzigen auf der Suche. Und dann bricht die Schlacht bei Poitiers los – die blutigste des ganzen Krieges.

## ZEITENSPRUNG



Vor 80 Jahren haben mit Schüssen vor der Zentrale der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Linz die Februarkämpfe begonnen – vier Tage Bürgerkrieg mit Hunderten Toten und eine verheerende Niederlage für die Sozialdemokraten. Die Aufarbeitung der historischen Ereignisse nach 1945 hat sehr lange gedauert.

## Geplantes

Ihren Anfang nahm die Katastrophe allerdings bereits ein Jahr zuvor, als das Parlament aufgelöst wurde und die Ära des Austrofaschismus begann. So sehen Historiker den Ausbruch der Gewalt am 12. Februar 1934 als „unvermeidliche Logik des März 1933“. Für den Wiener Zeitgeschichtler Gustav Spann sind die Februar-Kämpfe nur unter Berücksichtigung der „systematischen Zerstörung der parlamentarischen Demokratie“ durch Bundeskanzler Engelbert Dollfuß zu verstehen. Von der gleichmäßigen Verteilung der Schuld am Scheitern der Demokratie hält er wenig: „Eindeutig treibende Kraft waren die Christlichsozialen, der Landbund und die am Faschismus orientierten Heimwehren.“

## Mär von der geteilten Schuld

Der Politologe Anton Pelinka meint, „es gibt die Verantwortung aller Lager, aber in ungleichem Maße. Die politische Hauptverantwortung liege daher bei Dollfuß und dem katholisch-konservativen Lager. Allerdings habe auch die Annäherung der Großdeutschen an den Nationalso-

zialismus und die mangelnde Kompromissbereitschaft der Sozialdemokraten zur Entwicklung beigetragen. Noch 1931 habe die Sozialdemokratie ein Koalitionsangebot abgelehnt. Erst nach Ausschaltung des Parlaments sei die SDAP zu Zugeständnissen bereit gewesen, „da hatte Dollfuß aber schon den ‚point of no return‘ überschritten“, so Pelinka.

## Generalstreik verpasst

Für den Historiker Hans Hautmann liegt die Verantwortung der Sozialdemokratie am ehesten noch darin, „dass sie nicht rechtzeitig alle Kräfte mobilisiert hat, um ihre Ausschaltung hintanzuhalten“. Auch Spann meint: „Ein Generalstreik 1933 wäre die einzige Antwort gewesen, aber da haben die Sozialdemokraten gezauert.“ Für Spann sind die Sozialdemokraten einer „völligen Fehleinschätzung“ aufgesessen, als sie ab März 1933 versuchten, die Krise im Wege der Verfassung zu bereinigen.

„Die ÖVP hat sich nie wirklich mit der bewussten Entscheidung Dollfuß‘ auseinandergesetzt, unter massivem Einfluss



Links: Nach vier Tagen ist der Kampf vorbei: Beschädigter Gemeindebau in Wien, im Vordergrund die Leichen von zwei Schutzbündlern.

Rechts: Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger bei der Kranzniederlegung anlässlich des 80. Gedenktages des Bürgerkrieges im Februar 1934. (Fotos: Herbert Neubauer/APA-Picturedesk)



## Grab der Demokratie

von Mussolini die demokratische Republik zu zerstören“, urteilt Pelinka. Die spätere Ermordung des Kanzlers durch die Nationalsozialisten werde zur Rechtfertigung seiner Machtergreifung herangezogen. Aus der Sicht nach 1945 habe Dollfuß das „Glück“ gehabt, von den „richtigen“ Gegnern ermordet worden zu sein, so Pelinka.

## Lebenslüge des Faschismus

Für den Historiker Werner Anzenberger ist die „Selbstausschaltung des Parlaments“ die „Lebenslüge“ des Austrofaschismus. Der Kurs der Regierung ging klar auf die Errichtung eines autoritären Systems, und, wie der geheime Briefwechsel zwischen dem zum Schutzherrn Österreichs erkorenen italienischen Diktator Mussolini und Dollfuß beweist, wurde die Sozialdemokratie als Hauptfeind betrachtet. Wir sind „fest entschlossen, sobald es die Verhältnisse zulassen, den Marxisten ihre Machtpositionen, die sie noch in Händen haben, zu nehmen“, beilte sich Dollfuß schon am 22. Juli 1933 der Forderung Mussolinis zu folgen, der sozialdemokratischen

„Felsenfestung Wien einen Schlag zu versetzen“ und die „Säuberungsaktionen“ auf das ganze Land auszudehnen. Anzenberger über den klaren Verfassungsbruch der Regierung: „Über die Presse wurde die Zensur verhängt, der Republikanische Schutzbund, der paramilitärische Verband der Sozialdemokratie, vorerst aber nicht die Heimwehr, wurde aufgelöst, die ersten Anhaltelager für politisch Andersdenkende wurden errichtet und die Todesstrafe wieder eingeführt. Die Abschaffung

der Todesstrafe war seinerzeit eine Kulturleistung gewesen, auf die die junge Republik besonders stolz war.“ Mussolinis Drängen führte Anfang 1934 zu Durchsuchungen sozialdemokratischer Parteihäuser nach Waffen, viele Funktionäre des Schutzbundes wurden verhaftet. Der Innenminister, Heimwehrführer Emil Fey, wollte ein Losschlagen gegen das Unerträgliche provozieren, um, wie er am 11. Februar 1934 in einer Heimwehrversammlung ankündigte, „mor-

gen ganze Arbeit zu leisten.“

## Opferbilanz

Nach vier Tagen lautet die Opferbilanz 118 Tote auf Regierungsseite, rund 270 Tote auf Seite des Schutzbunds. Am 14. Februar nehmen die Standgerichte ihre Arbeit mit Urteilen in 140 Fällen auf. Neun Schutzbundkämpfer werden hingerichtet, darunter der steirische Schutzbundführer Koloman Wallisch. In Graz wurde der Rechtsschutzsekretär der Arbeiterkammer, Josef Stanek hingerichtet, nachdem Justizminister Kurt Schuschnigg ein Gnadengesuch nicht an den Bundespräsidenten weitergeleitet hatte.

Der Weg zur Versöhnung nach 1945 war lange und mühsam. Erst vor zwei Jahren beschloss das Parlament einstimmig die offizielle Rehabilitation der Austrofaschismus-Opfer. Einen Schlussstrich werde man, so Anzenberger, erst ziehen können, wenn die ÖVP das Dollfuß-Bild in ihrer Ahnengalerie im Parlament endlich abgehängt oder eine den historischen Tatsachen entsprechende Zusatztafel angebracht haben wird.

Rudolf Willgruber



Oben: Josef Stanek wurde ein Opfer der austrofaschistischen Revanchejustiz. Rechts: Der gefangene steirische Arbeiterführer Koloman Wallisch wurde in Leoben hingerichtet.

(aus: Anzenberger/Polaschek: Widerstand für eine Demokratie, Leykam 2004)





### Ungetrübter Schispaß am Lachtal & Präbichl

Ein bisschen Nebel kann den Schispaß nicht trüben: Trotz grauem Himmel kamen mehr als 400 Brettlfans zum ersten von insgesamt sieben AK ÖGB Schitagern aufs Lachtal. Auch Präsident Josef Pessler ließ es sich nicht nehmen, mit den SchifahrerInnen zu plaudern, Schneeschuhe auszuprobieren oder am Stand kleine Präsentie zu verteilen. 40 SchifahrerInnen aller Altersklassen beteiligten sich am Familienrennen, bei dem nicht der Schnellste gewinnt, sondern derjenige, der die Durchschnittszeit am besten trifft. Die jüngste Teilnehmerin war drei, der älteste 74 Jahre alt. Gewonnen hat Helmut Pichelmaier. (Fotostudio 44/AK)

### Porzellan war in der Halle härter als Stahl

Neuer Sieger der 26. Hallenfußball Landesmeisterschaft des AK ÖGB Betriebssportverbandes: Im Finale in der Sporthalle Frohnleiten bezwang die IBIDEN Porzellanfabrik Frauenthal den Vorjahresmeister VA Stahl Donawitz. Am Finaltag kämpften die 16 besten Mannschaften in Leoben und Frohnleiten um den Sieg. Das Team der weststeirischen Porzellanfabrik setzte sich mit 4:2 Toren gegen die Stahlkocher aus Donawitz durch. Im kleinen Finale besiegte ÖBB TS Knittelfeld das Jägerbataillon 17 aus Straß klar mit 7:2 Toren. AK Präsident Josef Pessler und Fritz Ploner gratulierten dem neuen Hallen Champion. (Fotostudio 44)



### Griljs Glossen als Geschenk

Der Grazer Journalist und Kurator der AK Galerie Matthias Grilj hat unter dem Titel „Die Sonne geht auf einen Sammelband seiner feinen Glossen und Zeitkommentare veröffentlicht. Als „Willi Tell“ liefert er in der ZAK Zeitkommentare mit Halung. Mit einem E Mail an marketing@akstmk.at geht vielleicht auch bei Ihnen die Sonne auf, wenn Sie ein Gratisexemplar zum Frühlingsbeginn erhalten.



### 200 Kinder auf Leselusttag

Das spielerische Erlebnis Buch stand im Mittelpunkt des dritten Leselusttages im Grazer Kammeraal, zu dem 200 VolksschülerInnen mit ihren LehrerInnen kamen. Rund um Abenteuer des Hundes Felix, vorgetragen von Susi Biro, konnten die Kinder bei fünf Workshops ihrer Kreativität freien Lauf lassen. Mit Späßen führte Clown Peppo durch den turbulenten Vormittag, als Kraftnahrung wurde eine gesunde Jause serviert. Zur Erinnerung erhielt jedes Kind ein Felix Buch und T Shirt. (Fotostudio 44)



### Volle Naht voraus

Mit zwei neuen Nähmaschinen stellte sich AK Präsident Josef Pessler bei „Jugend am Werk“ ein (im Bild mit AK Dir. Bartosch und JaW Geschäftsführern Walter Ferk und Walerich Berger). Beim Projekt „re use“ finden arbeitsmarkterferne Jugendliche und Menschen mit Behinderung eine kreative Beschäftigung. Genäht werden Umhängetaschen aus Recycling-Materialien.



### AK-Flohmarkt am 11. und 12. März

Rund 6.500 Bücher müssen raus, um Platz für neuen Lesestoff in der AK Bibliothek zu schaffen, daher findet der Bücherflohmarkt erstmals an zwei Tagen statt. AK Direktor Dr. Wolfgang Bartosch und Bibliotheksleiter Dr. Günther Terpotitz sind für einen Ansturm im Foyer des Grazer Kammerals am 11. und 12. März gerüstet. Schätze aus allen Sparten können zu überaus günstigen Preisen aufgestöbert werden, der Reinerlös dient einem karitativen Zweck.



### Gratis WLAN in Arbeiterkammer

Immer gut informiert und auf der Höhe der Zeit sein? Im Foyer des Grazer Haupthauses und in allen 13 AK Außenstellen können Mitglieder nun während der Öffnungszeiten gratis auf ihren eigenen Notebooks und Smartphones im Internet surfen oder Mails beantworten. So verkürzen sich allfällige Wartezeiten und Ihre zahlreichen Facebook Freunde erfahren, wo Sie gerade sind. (Fotostudio 44)

MOFF

HADERERS FEINES SCHUNDHEFTL

www.onlinemoff.at



# Frauenarbeit ist atypisch

„Atypisch“ ist im **Vormarsch** auf dem Arbeitsplatz. Fast jede zweite Frau arbeitet nicht Vollzeit.

Seit 2004 ist die Gesamtbeschäftigung in der Steiermark um 9,4 % auf 509.500 Personen gestiegen, gleichzeitig nahmen in diesem Zeitraum Normalarbeitsverhältnisse lediglich um 1,9 % zu, atypische Beschäftigung dagegen um 30,75 %, ergab eine Studie des AK-Experten Dr. Franz Heschl.

Frauen sind von dieser Dynamik auf dem Arbeitsmarkt am stärksten betroffen. Während bei den Männern 7,7 % in Teilzeit beschäftigt sind, sind es bei den Frauen bereits 47,8 %. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist geradezu

explodiert. In der Steiermark wurden im Vorjahr bereits 48.600 geringfügige Beschäftigungen registriert. Deutlich gestiegen ist die Leiharbeit,

zunehmende Tendenz weisen befristete Arbeitsverhältnisse und Werkverträge auf, während freie Dienstverträge rückläufig sind.

AK-Präsident Josef Pessler sieht in atypischen Beschäftigungsformen für viele Frauen die einzige Möglichkeit, am Erwerbsleben teilzunehmen, warnt aber auch vor dem Risiko: „Bei längerem Verbleiben in der Teilzeit drohen erhebliche Karriere Nachteile mit Auswirkungen auf die Entlohnung und die Höhe der Pension.“

Um die Chancen für die Betroffenen auf Vollarbeitszeit zu erhöhen, fordert Pessler den Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Ganztageschule mit verschränktem Unterricht. „Nur dann haben Eltern eine echte Wahlfreiheit.“ Weiters fordert Pessler eine korrekte Abgeltung von Überstunden und eine Höchstquote für die Beschäftigung von Leiharbeitern.



Nur 7,7 Prozent der Männer, aber bereits 47,8% der Frauen arbeiten Teilzeit.

WIR SIND ÜBER  
3 MILLIONEN  
STIMMEN  
FÜR MEIN

Ich bin eine/r von über 3 Millionen:

ZAK impressum

**Medieninhaber:** Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, 8020 Graz, Hans-Resel-Gasse 8–14, Tel.: 05 7799 • www.akstmk.at

**Redaktion:** Rudolf Willgruber (Leitung), Dr. Michaela Felbinger, Mathias Grilj, Gerhard Haderer, Berndt Heidorn, Stephan Hilbert, Mag. (FH) Barbara Schön, Mag. Ursula Jungmeier-Scholz, Günther Terpotitz

**Lektorat:** ad literam

**Produktion:** Reinhold Feimuth • **Druck:** Leykam

**Offenlegung gemäß Mediengesetz §25:** siehe www.akstmk.at/impressum

**Auflage:** 340.000 Stück